

Zeitschrift der Vereinigung
der höheren Führungskräfte
der Deutschen Bundespost
30. Jahrgang
Dezember 1994

WHP

FORUM

HEFT 6

Postreform II auf dem Prüfstand

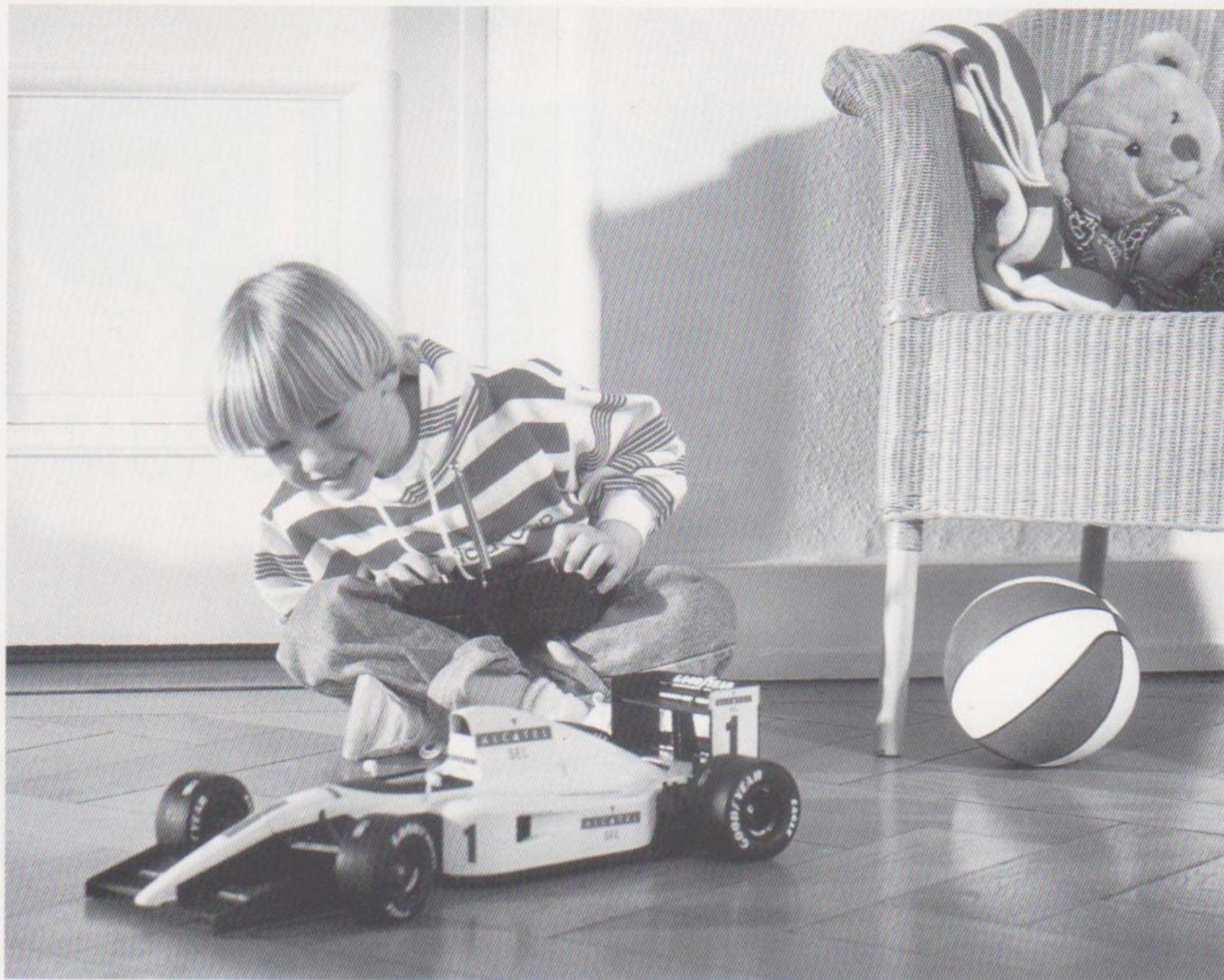


In dieser Ausgabe:

Rückblick auf die
FITCE-Tagung in
Dresden

Quo vadis PBeaKK?

Die FEFAS auf
neuen Wegen



Komplexe Technik kinderleicht bedienen: Alcatel 1000 S12

Mit dem neugestalteten Betreiberplatz für die Vermittlungsstellen Alcatel 1000 S12 geht alles fast wie auf Knopfdruck: Tausende Anschlußteilnehmer und umfangreiche Softwarepakete mit unterschiedlichsten Leistungsmerkmalen sind ganz einfach zu dirigieren.

Denn unter dem Motto „Betreiben '94“ hat Alcatel SEL ein Systemkonzept entworfen, das die Betreiber digitaler Vermittlungsstellen durch komfortable Menüs führt – so daß keine „Lotsen“ mehr nötig sind. Grafische Oberflächen und aufgabenorientierte Benutzerführung helfen dabei.

Diese unkomplizierte Bedienung mit automatisierten Abläufen garantiert hohe Wirtschaftlichkeit, effektives Netzmanagement und flexibles Reagieren auf Kundenwünsche.

Modernes „Betreiben '94“:

Vermittlungssystem Alcatel 1000 S12. Alcatel SEL AG, Vermittlungssysteme, Lorenzstraße 10, 70435 Stuttgart, Telefon (07 11) 8 21-0, Telefax (07 11) 8 21-11 11.

Alcatel.

Ihr verlässlicher Partner für Kommunikationssysteme.

▼
ALCATEL
SEL

INHALT

Zeitschrift der Vereinigung
der höheren Führungskräfte
der Deutschen Bundespost (VHP)

30. Jahrgang, Dezember 1994 · Heft 6

4 ▼ Titel

Postreform II auf dem Prüfstand
Versuch einer analytischen Prüfung
Johann Paffen



8 ▼

33. Europäische Fernmeldetage 1994
Rückblick auf die FITCE-Tagung in Dresden
Georg Karl Storck



18 ▼

Quo vadis, Postbeamtenkrankenkasse?
Vortrag anlässlich der VHP-Beiratssitzung
in Köln
Herr Müllejans

21 ▼

Die FEFAS auf neuen Wegen
Kultur und/oder Wettbewerb
Dr. Frieder Lauxmann



24 ▼

Die FEFAS setzt neue Akzente
Dr. Otfried Brauns-Packenius

25 ▼

DeTeMobil:
Eine Tochter für mobile Kunden
Manfred Oehler

29 ▼

Technik und Kultur
Ausflug des Bezirksvereins Stuttgart nach
Rottenburg
Josef Nienhaus

Impressum

VHP-FORUM
Zeitschrift der Vereinigung der höheren
Führungskräfte der Deutschen Bundespost
(VHP)
Herausgeber: Bundesvorstand der Vereini-
gung der höheren Führungskräfte der Deut-
schen Bundespost (VHP),
Postfach 10 10 40, 70009 Stuttgart.

Redaktion: Klaus Stuchlich (verantwort-
lich), Otto Bohner, Joachim Völz, Andreas
Zimmer.
Anschrift der Redaktion: Postfach 10 10 40,
70009 Stuttgart,
Telefon: Stuchlich (07 11) 100-14 00,
Bohner -23 00, Völz -2010, Zimmer -14 20.
Telefax: (07 11) 100-12 58

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge
geben die persönliche Meinung des Verfasser-
s wieder. Wenn sich diese mit der Mei-
nung des Bundesvorstandes deckt, wird
dies ausdrücklich erwähnt.
Um Zusendung von Manuskripten wird
gebeten.

Verkaufspreis wird durch Mitgliedsbeitrag
abgegolten.

Druck: W.H.K.-Druck, Hagstraße 2,
74417 Gschwend

Auto- und Reiseclub
Deutschland

ARCD

ARCD
Auto- und Reiseclub
Deutschland
91438 Bad Windsheim
Telefon (09841) 409-0
Fax (09841) 409-64

Schutzbrief
+ Clubservice
ganz ohne Aufpreis
Nur DM 94,- im Jahr



Sicherheit Europaweit

Mehr als ein Autoclub...

Postreform II auf dem Prüfstand

Versuch einer analytischen Prüfung



Johann Paffen

Das Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (Postneuordnungsgesetz -PTNeuOG-) und das dazugehörige Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes sind kurz vor der Sommerpause von den gesetzgebenden Körperschaften Bundestag und Bundesrat verabschiedet worden. Nach der Verkündung im Bundesgesetzblatt tritt damit das PTNeuOG am 01.01.95 in Kraft.

Leitziel dieser Gesetze, die auch unter dem Stichwort Postreform II in die Annalen eingegangen sind, ist es, die öffentlichen Unternehmen der Deutschen Bundespost in die Lage zu versetzen, auch unter sich weltweit verändernden Rahmenbedingungen und in einem zunehmend liberalisierten Markt für Post- und Kommunikationsdienstleistungen national und international im harten Wettbewerb bestehen zu können. Die höheren Führungskräfte werden - diesem Ziel folgend - im allgemeinen die Gesetze zur Postreform II begrüßen. Gleichwohl ist es angebracht, die einzelnen Ziele, die die Initiatoren und Verfechter der Postreform II im Auge hatten, zu analysieren und zu prüfen, ob sie durch die verabschiedeten Gesetze optimal, weniger optimal oder gar nicht verwirklicht worden sind. Immerhin wird ja auch die Meinung vertreten, durch die Postreform II würden die Unternehmen noch weniger handlungs-

fähig als bisher und die Wettbewerbsfähigkeit werde auf keinen Fall gestärkt, so u.a. der Vorsitzende des Verbandes der Postbenutzer, Wilhelm Hübner (VHP-Forum 4/1994, S.27ff).

Erinnern wir uns an die Ausgangslage, an den Beginn der Diskussion um die Postreform II in der zweiten Jahreshälfte 1991, die der damalige Bundespostminister Dr. Christian Schwarz-Schilling durch ein Interview in der »Wirtschaftswoche« in Gang setzte. Im Laufe der Diskussion schälten sich vier Hauptargumente heraus, die als Begründung für eine Änderung des Art. 87 GG und eine Privatisierung der Postunternehmen angeführt wurden:

1. Minimierung der politischen Einflußnahme auf die Unternehmen; Stärkung der unternehmerischen Freiheit
 2. Zuführung neuen Kapitals an die Postunternehmen, insbesondere die Telekom, durch Gang an die Börse
 3. Befreiung von den »Fesseln des wenig flexiblen öffentlichen Dienstrechts«
 4. Internationale Handlungsfähigkeit der Telekom auf den Auslandsmärkten.
- Als weiterer Eckpunkt, der auch bei den politischen Parteien unstrittig war, kristallisierte sich heraus:
5. Sicherung des Infrastrukturauftrags, d.h. die Verpflichtung, eine funktionierende Grundversorgung auf dem Gebiet der Post und Telekommunikation allen Bürgern flächendeckend zukommen zu lassen.

Stellen wir nun im folgenden die oben angeführten Ziele Punkt für Punkt auf den Prüfstand.

1. Weniger Einfluß der Politik, Stärkung der unternehmerischen Freiheit

Durch die mit der Postreform I verbundene Herauslösung der drei Postunternehmen aus dem unmittelbaren Regierungsbereich sollte die Unabhängigkeit der unternehmerischen Leitung von der Politik gestärkt werden. Dies ist nicht in gewünschtem Umfang eingetreten.

Trotz der Umwandlung in Aktiengesellschaften üben politischen Einfluß auf die Unternehmen auch in Zukunft aus:

- die Bundesregierung, hier insbesondere der Bundesminister für Post- und Telekommunikation (BMPT) und der Bundesminister für Wirtschaft (BMWi), gem. Art. 7 PTNeuOG (Gesetz über die Regulierung der Telekommunikation und des Postwesens -PTRegG-) sowie
- der BMPT und der Bundesminister des Inneren (BMI) gemäß Art. 4 PTNeuOG (Postpersonalrechtsgesetz -PostPersRG-) durch die Benehmens- und Einvernehmensregelungen im personellen Bereich,
- nach dem PTRegG die Länder über den Bundesrat und den Regulierungsrat,
- die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation gem. Art. 1 PTNeuOG (Bundesanstalt Post-Gesetz -BAPostG-).

Einfluß der Bundesregierung (Bundesministerien)

Der BMPT legt zwar in Zukunft nicht mehr wie bisher die mittel- und langfristigen Ziele der Unternehmen fest. Er überwacht aber nicht nur die Einhaltung der Gesetze, sondern hat auch weiterhin Genehmigungs- und Widerspruchsrechte. Leistungsentgelte und entgeltrelevante Bestandteile der allgemeinen Geschäftsbedingungen im Monopolbereich bedürfen gem. § 4 PTRegG der Genehmigung durch den BMPT im Benehmen mit dem BMWi.

Die Bundesregierung kann durch den BMPT qua Rechtsverordnung diejenigen Infrastrukturleistungen bestimmen, die die Unternehmen im besonderen öffentlichen Interesse aus Gründen der Daseinsvorsorge erbringen müssen (Pflichtleistungen, § 8 PTRegG). Gem. § 4 Abs. 4 PTRegG unterliegen Leistungsentgelte für Pflichtleistungen einem Widerspruchsrecht des BMPT, der wiederum das Benehmen mit dem BMWi herstellen muß. All diese Vorschriften entsprechen voll und ganz der Rechtslage nach dem bisherigen Postverfassungsgesetz.

Die finanzielle Abhängigkeit der Unternehmen vom Bundesminister der Finanzen entfällt zwar in Zukunft, weil ab 1996 keine Ablieferung mehr an den Bund zu zahlen ist (Übergang zur allgemeinen Steuerpflicht). Dies ist aber keine Ergebnis der Postreform II, sondern war schon durch die Postreform I so festgelegt.

Die zahlreichen Benehmens- und Einvernehmensregelungen, die die Unternehmen mit dem BMPT und BMI im personellen Bereich herzustellen haben und die ebenfalls die unternehmerische Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen, sollen hier nur erwähnt werden. Eine detaillierte Betrachtung folgt unter Punkt 3.

Einfluß der Länder

Ist also hinsichtlich der Einflußmöglichkeiten der Bundesministerien kaum eine Veränderung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand festzustellen, so tritt beim Einwirken der Länder sogar eine deutliche Verstärkung ein. Die Länder haben es einmal erreicht, daß die Kapitalmehrheit des Bundes an der Deutschen Post AG nur - frühestens nach fünf Jahren - mit Zustimmung des Bundesrates aufgegeben werden darf. Zum anderen sind die Aufgaben und Beschlußrechte des Regulierungsrates, in dem die Länder die Hälfte der Mitglieder stellen, gegenüber den Befugnissen des Infrastrukturrates noch ausgeweitet worden. Abweichend von den bisherigen Regelungen ist gemäß einer Forderung der Länder in § 13 Abs. 2 Nr. 3 PTRRegG nunmehr geregelt, daß der Regulierungsrat über Vorlagen des BMPT zu Rechtsverordnungen zu beschließen hat, die die Festlegung von Grundsatzentscheidungen und Regelungen über die beabsichtigte Öffnung von Märkten für Telekommunikations- und Postdienstleistungen zum Inhalt haben. Ferner beschließt der Regulierungsrat - über die bisherigen Rechte des Infrastrukturrates hinausgehend - auch über Vorlagen des BMPT über die beabsichtigte Änderung des Inhalts und Umfangs der Monopolrechte.

Damit aber noch nicht genug. Der BMPT darf Personen, denen in seinem Ministerium eine leitende Stellung im Rahmen der Regulierung übertragen werden soll (bis hin zum Staatssekretär?), nur im Benehmen mit dem Regulierungsrat berufen. Wen wundert es da noch, wenn manche Kritiker von einer Umwandlung der Deutschen Bundespost in eine »Post deutscher Länder« sprechen.

Auch der ehemalige Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling hat in seiner Bun-

destagsrede anläßlich der Verabschiedung der Postreform II am 29.06.1994 schwerste Bedenken gegen den Regulierungsrat mit diesen weitgehenden Beschlußrechten geäußert, zumal diese Institution in keinem Land der Welt eine Entsprechung findet.

Einfluß der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation

Eine Einschränkung der unternehmerischen Freiheit der Aktiengesellschaften durch die Politik bedeuten aber auch die weitreichenden Zuständigkeiten der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation. Diese hat zwar keine Aufgaben im operativen Bereich. Ihr obliegen aber Aufgaben, die ihrer Natur nach originäre Aufgaben der aus der DBP hervorgehenden Aktiengesellschaften sind, die aber - so wörtlich die amtliche Begründung zum PTNeuOG - »aus **übergeordneten politischen Gründen** in staatlicher Hand liegen und in unmittelbarer Bundesverwaltung wahrgenommen werden«. Es soll hier darauf verzichtet werden, den gesamten Aufgabenkatalog des § 3 BAPostG aufzulisten. Die in diesem Zusammenhang wichtigsten Kompetenzen sind der Abschluß von Manteltarifverträgen - allerdings nur im Einvernehmen mit den Unternehmen - und die Aufgaben im Bereich Soziales (betriebliche Sozialeinrichtungen und Wohnungsfürsorge).

Es ist wirtschaftlich keineswegs sinnvoll, die Entscheidungskompetenz über den milliardenschweren Kostenblock des Bereichs Soziales (in den Händen der Bundesanstalt) von den Pflichten zur Zahlung (bei den Unternehmen) zu trennen.

Politischer und gewerkschaftlicher Einfluß bei der Besetzung von Aufsichtsrats- und Vorstandsposten

Pessimisten befürchten, daß in Zukunft die Besetzung der Aufsichtsrats- und Vorstandsposten nach dem Parteienproporz geschieht. So berichtet das Nachrichtenmagazin »Focus« in seiner Ausgabe vom 21.03.1994, daß man sich laut einem Protokoll der Arbeitsgruppe aus Koalition und SPD darauf geeinigt habe, die Beset-

zung dieser Posten »einvernehmlich« zu regeln. Solange der Bund zu 100% Eigentümer der Unternehmen ist bzw. die Aktienmehrheit besitzt, sind solche Befürchtungen nicht ganz von der Hand zu weisen, weil der Bund die Besetzung der Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre und der Vorstände, die vom Aufsichtsrat zu bestellen sind, weitgehend steuern kann.

Auch der Einfluß der Gewerkschaften auf die Besetzung der Aufsichtsrats- und Vorstandsposten wird sich verstärken. Den Arbeitnehmern stehen jeweils zehn der zwanzig Aufsichtsratssitze zu, also die Hälfte, während bisher das Personal nur ein Drittel der Mitglieder stellte. Darüber hinaus stehen an der Spitze der Personalausschüsse der Aufsichtsräte, die nach den Satzungen der Aktiengesellschaften zu bestellen sind, Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer, also Gewerkschaftsfunktionäre. Aufgabe dieser Personalausschüsse ist es, Vorschläge für die Besetzung von Vorstands- und Geschäftsbereichsleiterposten zu machen sowie Regelungen (u.a. erfolgsorientierter Bonus) für die Vorstände und für obere Führungskräfte bereitzustellen. Hier sind eklatante Interessenskonflikte vorprogrammiert. So kann es durchaus passieren, daß DPG-Chef van Haaren als Vorsitzender des Personalausschusses der Deutschen Post AG heute dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Zumwinkel einen Erfolgsbonus gewährt oder doch maßgeblichen Einfluß darauf nimmt und am nächsten Tag beide Herren sich in Tarifverhandlungen gegenüber sitzen.

Insgesamt muß man demnach feststellen, daß das Ziel der Minimierung der politischen Einflußnahme auf die Unternehmen keineswegs realisiert worden ist. Im Gegenteil! Die unternehmerische Entscheidungsfreiheit der Aktiengesellschaften ist durch mehr politischen Einfluß geschwächt. Da ist es nur ein schwacher Trost, daß einige der Genehmigungsrechte des BMPT und der Beschlußrechte des Regulierungsrates beim Wegfall der Monopole entfallen.

Ehe wir aber jetzt die gesamte Postreform II in Grund und Boden verdammen, sollten wir uns zunächst die anderen vier Ziele näher betrachten.

Postreform II auf dem Prüfstand

Versuch einer analytischen Prüfung

2. Kapitalaufstockung

Insbesondere das Unternehmen Telekom bedarf dringend einer Zuführung neuen Kapitals. Die Eigenkapitalquote der Telekom, die nach dem Poststrukturgesetz mindestens 33 % betragen soll, ist durch die hohen Investitionen in den neuen Bundesländern auf ca. 20 % abgesunken. Zur Aufstockung war der Bund als Eigentümer aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht in der Lage. Durch die Umwandlung der DBP Telekom in eine Aktiengesellschaft ist nunmehr der Gang an die Börse möglich. Positiv ist dabei zu bewerten, daß - um die Finanzierungsprobleme der Telekom zu lösen - der Emission neuer Aktien zur Erhöhung der Eigenkapitalquote Vorrang eingeräumt wurde und somit der Verkauf von Aktien des Bundes bis zum 31.12.1999 untersagt wurde (Art. 1 § 3 Abs. 1 Ziff. 2 PTNeuOG). Die Erlöse aus Aktienverkäufen der Telekom fließen in diesem Jahrhundert also ausschließlich dem Unternehmen zu. Der Bundeshaushalt geht zunächst leer aus.

Aber auch nach dem 31.12.1999 wird der Bundesfinanzminister zunächst keine Freude am Verkauf dieser Aktien haben. Denn gem. § 7 Abs. 4 BAPostG sollen die Einnahmen des Bundes aus Dividenden und Aktienverkäufen vorrangig zur Finanzierung der Unterstützungskassen dienen, die die Versorgungs- und Beihilfeleistungen an Beamte gem. § 15 PostPersRG zu erbringen haben.

Negativ auf die Börsenfähigkeit der Unternehmen wirkt sich allerdings aus, daß sie für die Jahre 1995 - 1999 durch Zuwendungen an die Unterstützungskassen für die Pensions- und Beihilfezahlungen aufkommen müssen und auch in den darauffolgenden Jahren Beiträge an die Unterstützungskassen in Höhe von 33 v.H. der Bruttobezüge ihrer Beamten zu leisten haben. Die Altlasten der Pensionsrückstände in Höhe von ca. 100 Mrd. für alle Unternehmen sind im Hinblick auf den Börsengang ein gewaltiger Klotz am Bein der Unternehmen und werden ihren Wert mindern, auch wenn der Bund einen Teil dieser Pensionslasten übernehmen muß.

Auch der schon geschilderte große politische Einfluß auf die Unternehmen, insbesondere die den Aktiengesellschaften übergestülpte Holding, stellt sich für den Gang an die Börse als Hemmnis dar. Bei dem Marktwert der Telekom von schätzungsweise 50 - 60 Mrd. DM ist der heimische Kapitalmarkt überfordert, so daß von den Banken eine internationale Plazierung als notwendig angesehen wird. Gerade ausländische Investoren sind aber außerordentlich sensibel, wenn es um die Einschränkung ihrer Eigentumsrechte geht. Dadurch werden die Aktien unattraktiver für den Anleger und teurer für die Unternehmen, weil die Aktionäre sich für die Schmälerung ihrer Rechte vermutlich mit höherer Dividende entschädigen lassen.

Insgesamt kann man feststellen, daß sich das Ziel der Kapitalaufstockung (Erhöhung der Eigenkapitalquote auf ca. 40 %) trotz der angesammelten Pensionsrückstände realisieren läßt, allerdings mit den eben dargelegten Erschwernissen.

3. Befreiung von den »Fesseln des öffentlichen Dienstrechts«

Mit dem öffentlichen Dienstrecht, das den Unternehmen nach deren Auffassung durch mangelnde Flexibilität Fesseln anlegt, war in erster Linie das Beamtenrecht gemeint. »Eine Post ohne Beamte«. Mit dieser provozierenden Forderung hatte der damalige Minister Dr. Schwarz-Schilling im Juli 1991 in seinem Interview in der »Wirtschaftswoche« die Diskussion um die Postreform II eröffnet. Durch die Umwandlung der Unternehmen der DBP in Aktiengesellschaften wird es zwar in Zukunft keine neuen Beamten mehr geben. Die jetzt vorhandenen Beamten bleiben jedoch - sofern sie sich nicht beurlauben lassen oder ins Tarifverhältnis überwechseln - unmittelbare Bundesbeamte, so daß das Beamtenrecht mit all seinen Restriktionen noch Jahrzehnte für die Unternehmen gültig ist. Die Schwierigkeit liegt darin, daß den Unternehmen für die Beamten zwar Dienstherrenbefugnis verliehen wird, die Dienstherreneigenschaft aber weiter beim Bund liegt. Dementsprechend sieht der Art. 4 PTNeuOG (PostPersRG) ca.

20 Einvernehmens- und Benehmensrechte mit dem BMPT und dem Bundesminister des Inneren (BMI) vor. Hierdurch wird einer der obersten Grundsätze im Personalbereich, wonach Kompetenz und Verantwortung in einer Hand liegen sollen, verletzt.

Verkompliziert wird die Sache dadurch, daß gem. §§ 9,10 PostPersRG zusätzlich noch die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Anhörungsrechte im Personalbereich erhält. So darf der BMPT die Stellenpläne der Aktiengesellschaften erst nach Anhörung der Bundesanstalt (BAnst) genehmigen, und auch Rechtsverordnungen über die Gewährung von Leistungszulagen, die der BMPT im Einvernehmen mit dem BMI erläßt, bedürfen der Anhörung durch die Bundesanstalt.

Hierdurch werden die Einflußrechte von außen, die ja eigentlich durch die Reform zurückgedrängt werden sollten, noch verstärkt. Sinnvoll wäre es gewesen, die Einvernehmens- und Benehmensrechte anderer Ressorts deutlich zu minimieren, zumal der BMPT, dem ja die Rechtsaufsicht obliegt, an Gesetz und Recht gebunden ist. Wenn schon der Bundesanstalt Zuständigkeiten im personellen Bereich übertragen werden, hätte auch die Überlegung nahegelegen, die Einvernehmens- und Benehmensrechte vom BMI bzw. BMPT auf die Holding zu verlagern, weil diese den Unternehmen am nächsten steht.

Während die Aktiengesellschaften noch viele Jahre - wenn auch in abnehmendem Maße - mit den Restriktionen des Beamtenrechts leben müssen, sieht es im Tarifbereich besser aus. Die Aktiengesellschaften erhalten gem. § 22 PostPersRG die volle Tarifautonomie. Sie sind nicht mehr auf das Einvernehmen mit dem BMI angewiesen und brauchen nicht mehr wie bisher Tarifvereinbarungen des BMI, die vielfach nicht an den ökonomischen Rahmenbedingungen der Unternehmen orientiert waren, nachzuvollziehen.

Ein Wermutstropfen ist allerdings die Regelung § 12 BAPostG, wonach Manteltarifverträge für die Aktiengesellschaften von der Bundesanstalt abgeschlossen werden. Jedoch bedürfen auch diese Tarifverträge des Einvernehmens mit den Aktiengesellschaften. Hierdurch wird sichergestellt, daß nicht Manteltarifverträge abgeschlossen

werden, die den wirtschaftlichen und unternehmerischen Interessen der Aktiengesellschaften zuwiderlaufen.

4. Internationale Handlungsfähigkeit der Telekom auf Auslandsmärkten

Das Unternehmen Telekom war bisher als unmittelbare Bundesverwaltung wegen der bestehenden verfassungsrechtlichen Restriktionen in seiner internationalen Handlungsfähigkeit eingeschränkt und bewegte sich bei seinen bisherigen internationalen Aktivitäten in einer rechtlichen Grauzone. Infolge der Änderung des Art. 87 GG und der neuen Rechtsform als Aktiengesellschaft wird die Telekom in die Lage versetzt, auf Auslandsmärkten verstärkt initiativ zu werden und internationale Allianzen einzugehen. Das angestrebte Ziel ist in diesem Punkt optimal erreicht worden.

5. Sicherung des Infrastrukturauftrages

Die Infrastrukturverpflichtung des Bundes für die Kommunikationsversorgung wird erstmals im Grundgesetz festgeschrieben (Art. 87f GG). Sie richtet sich nicht nur an die Postunternehmen, sondern auch an die Wettbewerber.

Daß tatsächlich in den Bereichen der Post und Telekommunikation flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen erbracht werden, ist Aufgabe der Regulierung. Die Einhaltung des Infrastrukturauftrags wird u.a. dadurch sichergestellt, daß die Bundesregierung der Deutschen Telekom AG und der Deutschen Post AG Pflichtleistungen auferlegen kann und der BMPT Genehmigungs- und Widerspruchsrechte bei Monopol- bzw. bei Pflichtleistungen hat. Insbesondere überwacht aber der Regulierungsrat mit seinen gegenüber dem bisherigen Infrastrukturrat erweiterten Kompetenzen die Ziele der Regulierung. Ein wesentlicher Teil der Infrastrukturverpflichtung ist die flächendeckende Versorgung mit Dienstleistungen an den Schaltern des Postwesens. Diese kann nur durch eine Zusammenarbeit zwischen Postdienst und

Postbank aufrecht erhalten werden. Gesetzlich festgeschrieben ist, daß der Bund (nicht die Deutsche Post AG) für vier Jahre eine Sperrminorität von 25% + einer Aktie am Unternehmen Postbank erhält. Darüber hinaus gibt es lediglich eine Beschlußempfehlung des Deutschen Bundestages, die die Verpflichtung der beiden Postunternehmen zu einer gemeinsamen Vertriebskonzeption betont, aber niemand bindet. Der Verbund Deutsche Post AG/ Deutsche Postbank AG ist also keineswegs auf Dauer sichergestellt, sondern er wird vertraglichen Regelungen der beiden Unternehmen überlassen.

Die Kosten des Infrastrukturauftrages tragen zur Zeit die Postunternehmen aus ihren Monopolgewinnen. Beim Wegfall der Monopole werden die Deutsche Telekom AG und die Deutsche Post AG weiterhin Pflichtleistungen zu erbringen haben. Da den übrigen privaten Wettbewerbern keine Pflichtleistungen auferlegt werden können, wird es nötig sein, diesen Anbietern bei einer Lockerung des Monopols, z.B. bei einer Lizenzvergabe, bestimmte Infrastrukturaufgaben zu machen. Ansonsten würden die Nachfolgeunternehmen der DBP im Wettbewerb kostenmäßig benachteiligt werden. Insgesamt ist das Ziel die Sicherung des Infrastrukturauftrags als erfüllt anzusehen.

Zusammenfassung

Zusammenfassend kommt man zum Ergebnis, daß von den fünf definierten Zielen zwei, nämlich die internationale Handlungsfähigkeit der Telekom und die Sicherung des Infrastrukturauftrags, voll erreicht wurden.

Zwei weitere Ziele, nämlich die Befreiung von den Fesseln des öffentlichen Dienstrechts und die Kapitalaufstockung, sind nur mit Einschränkungen als erfüllt anzusehen, während das Ziel der Minimierung der politischen Einflußnahme klar verfehlt wurde. Man muß bei der Beantwortung der Frage, ob die genannten Ziele durch die Gesetze zur Postreform II realisiert wurden, allerdings berücksichtigen, daß die volle Verwirklichung des einen Zieles kontraproduktiv für die Realisierung eines anderen Zieles sein kann. So sichert z. B. die starke Stellung

der Länder über den Regulierungsrat den Infrastrukturauftrag, gleichzeitig aber wird dadurch die politische Einflußnahme auf die Unternehmen nicht minimiert, sondern verstärkt.

Trotz der aufgezeigten Mängel (Beschränkung der unternehmerischen Freiheit, Holding-Konstruktion, starke Stellung des Regulierungsrates) ist die Postreform II unter dem Strich ein großer Schritt nach vorn, auch zur Sicherung des Standorts Deutschland im internationalen Wettbewerb. Die Postreform I war auf halbem Weg stehen geblieben, weil sie die Rechtsform der bundeseigenen Verwaltung der Unternehmen unangetastet ließ.

Die Reform bringt insbesondere für die Deutsche Telekom AG deutliche Vorteile. Sie kann ohne verfassungsrechtliche Restriktionen im Ausland tätig werden und ihre Eigenkapitalbasis stärken. Ohne diese Faktoren wäre sie zumindest international nicht mehr wettbewerbsfähig gewesen.

Die Deutsche Post AG profitiert zwar zunächst nur von den Lockerungen im Bereich des Dienstrechts. Aber auch bei ihr sinkt durch die hohen Investitionen die Eigenkapitalquote, so daß sie 1998 - 2000 ebenfalls auf den Gang an die Börse angewiesen sein wird.

Die Deutsche Postbank AG wird in die Lage versetzt, ihre Produktpalette, z.B. im Kreditbereich, ohne Einschränkungen zu erweitern. Dies ist ihr in ihrer bisherigen Unternehmensverfassung nicht möglich.

Insgesamt werden die Chancen der Unternehmen verbessert, sich organisatorisch, finanziell und personell in einem veränderten wirtschaftlichen Umfeld im Wettbewerb zu behaupten.

Die Kritik des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), die insbesondere die fehlende Liberalisierung beklagen und die Reform deshalb allenfalls als Postreform I b bezeichnen, geht fehl. Denn von Anfang an war die Liberalisierung kein Ziel dieser Reform. Sie wird getrennt von diesem Reformvorhaben - weiteren Schritten vorbehalten sein. Die Postreform II sollte die Unternehmen nur auf die Liberalisierung vorbereiten. Der DIHT fordert daher schon jetzt vehement eine Postreform III. ■

33. Europäische Fernmeldetage 1994

Rückblick auf die FITCE-Tagung in Dresden



Konferenz-Hotel Hilton Dresden

Georg Karl Storck, FTZ Darmstadt

Einleitung

»Die Europäische Herausforderung an die Telekommunikation in Ost und West« war das Thema des diesjährigen FITCE-Kongresses, der vom 29. August bis 03. September 1994 in Dresden stattfand. Der Kongreß wurde von der deutschen FITCE-Gruppe mit großzügiger Unterstützung von Telekom und der deutschen Fernmeldeindustrie ausgerichtet.

Der Tagungsort Dresden wurde ausgewählt, weil

- erstens die sächsische Landeshauptstadt bereits historisch ein Kommunikationsknotenpunkt war,
- zweitens die Erneuerung der Telekommunikationsinfrastruktur in den Neuen Bundesländern dort besonders eindrucksvoll demonstriert werden kann und
- drittens wegen seiner kulturhistorischen Bedeutung und touristischen Attraktivität.

Wie in den vergangenen Jahren wurden wieder etwa 70 Vorträge eingereicht, von denen das Paper Selection Committee unter Vorsitz von Hermann Gabler (DeTeMobil) 34 für eine Präsentation beim Kongreß auswählte.

Das Tagungsprogramm - und sicher auch der Tagungsort - führten rund 650 Kongreßteilnehmer nach Dresden. Die

Organisatoren waren hoch erfreut, erstmals auch Gäste aus Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Rumänien, Polen und Norwegen begrüßen zu können.

Eröffnungsveranstaltung

Die Eröffnungsveranstaltung fand am Montag, den 29. August 1994, im Kulturpalast statt unter Anwesenheit vieler prominenter Gäste.

Die Eröffnungssitzung wurde musikalisch umrahmt vom Philharmonischen Ensemble Dresden mit dem Flötenquartett in D-dur KV 285 von Wolfgang Amadeus Mozart.

Eike-Rolf Michael (Telekom, DT Rostock) Vorsitzender der deutschen FITCE-Gruppe und Mitglied des FITCE-Direktoriums, eröffnete den Kongreß und begrüßte die Teilnehmer und Gäste sowie die durch sie repräsentierten Nationen.

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation, ging in seiner Rede auf die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen ein, denen sich Telekom gegenübersteht, und erläuterte die Notwendigkeit und die Zielsetzungen der Postreform II.



von links: G. Kraus, Minister Dr. W. Bötsch, H. Ricke, E.-R. Michael



Eröffnungssitzung erste Reihe von links: Oberbürgermeister Dr. Herbert Wagner, Minister Dr. Wolfgang Böttsch, Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Vorstandsvorsitzender Helmut Ricke, Präsident der FITCE Prof. Kouremenos, Frau Kouremenou

Der Minister lobte die Telekom für die bereits nahezu abgeschlossene Erneuerung der Telekommunikationsinfrastruktur als Voraussetzung für die Umstrukturierung und Entwicklung der Wirtschaft in den Neuen Bundesländern. Der unkonventionelle Weg, der dabei beschritten wurde, wie auch das enorme Investitionsvolumen verdienen Anerkennung. Aber er verwies auch auf die Notwendigkeit einer fundamentalen Reorganisation des Unternehmens Telekom, um in einem künftig völlig liberalisierten Markt bestehen zu können.

Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, bewunderte die enormen Anstrengungen und Investitionen von Telekom, um die Neuen Bundesländer zu einem attraktiven Standort für Handel und Industrie zu machen. Er stellte fest, daß die telekommunikative Wiedervereinigung Deutschlands praktisch schon erreicht sei. Der Ministerpräsident verwies aber auch auf die Notwendigkeit eines starken Engagements westlicher Telco's und der Fernmeldeindustrie in osteuropäischen Ländern. Der Umbau der politischen und wirtschaftlichen Systeme in solche nach westlichen

Standards kann nur mit einem gut funktionierenden Informationssystem für einen freien Nachrichtenaustausch zwischen Ost und West gelingen.

Oberbürgermeister Dr. Herbert Wagner machte die Kongreßteilnehmer in seinem Grußwort mit der Kultur und der



Empfang im Kulturpalast

Geschichte der Stadt bekannt und empfahl die touristischen Attraktionen in und um Dresden.

Helmut Ricke, Vorstandsvorsitzender der Telekom, entwickelte Visionen für die Zukunft der Telekommunikation. Er zeigte auch den Stellenwert auf, den er den Europäischen Fernmeldetagen beimißt, und der daraus erwachsenden Hilfe bei der Lösung der vor uns liegenden Probleme durch

- die Gelegenheit persönlicher Kontakte und des Wissens- und Erfahrungsaustausches
- die Notwendigkeit für internationale Kooperationen trotz wachsender Konkurrenz
- die konsequente Ausnutzung technologischer Fortschritte für zukunftsorientierte Telekommunikationslösungen und die Notwendigkeit eines starken Engagements in Mittel- und Osteuropäischen Ländern.

Für eine erfolgreiche Tätigkeit auf internationalen Märkten bietet FITCE die Gelegenheit neben technischem Wissen insbesondere Kenntnisse über

33. Europäische Fernmeldetage 1994

Rückblick auf die FITCE-Tagung in Dresden



Technische Konferenz Session I »Strategies and Policies« Dr. Theo Irmer - ITU; Peter Cogley - UK; P.J. Feenan - IR

Kultur und Geschichte anderer Nationen zu erwerben und so gegenseitiges Verständnis zu entwickeln.

Professor Dimitri Kouremenos, Präsident der FITCE, ging auf die Korrelation von Wirtschaft und Telekommunikation ein. Er hob die Notwendigkeit hervor für eine Wandlung der Telco's von staatlichen Verwaltungen in marktorientierte kommerzielle Unternehmen.

Der technische Kongreß

Beim diesjährigen FITCE-Kongreß wurde das Thema »Die Europäische Herausforderung an die Telekommunikation in Ost und West« unter technischen, kommerziellen und betrieblichen Aspekten behandelt. Aber auch die Erfahrungen im zwischenmenschlichen Bereich fanden ihren Niederschlag.

Vier Themengruppen gliederten die vier Vortragstage:

- Strategien
- Neue Entwicklungen

- Projekte und Erfahrungen sowie
- Ost-West-Kooperationen

Vorträge

Kollegen der deutschen Fernmeldeindustrie und des FTZ berichteten über Pro-

jekte in den Neuen Bundesländern (Stroh, Hennig, Kostka). Breiten Raum nahmen Berichte über Gemeinschaftsprojekte westeuropäischer Partner in den osteuropäischen Ländern wie Polen, Tschechien, Rußland, Ukraine und Ungarn ein.

Die große Bedeutung der Satellitenkommunikation für eine rasche Anbindung osteuropäischer Netze an das weltweite Fernmeldenetz wurde in mehreren Vorträgen beleuchtet (Grenier (Eutelsat), Minuti (Italcable)). Satellitenverbindungen werden in naher Zukunft unterstützt durch aufwendige Fernkabelprojekte, wie die Glasfaserverbindungen TET und TEL, die als europäische Gemeinschaftsprojekte auch von der Telekom maßgeblich unterstützt werden und Südeuropa mit Polen, den baltischen Staaten und Rußland verbinden werden (Muzi, Troiani (Iritel)).

Die Veranstalter hatten zahlreiche osteuropäische Persönlichkeiten zu der Tagung eingeladen. Die zahlreichen Absagen zu einem Kongreß in einem Hartwährungsland sollten nicht auf mangelndes Interesse schließen lassen. S. Kolev (Bulgarien) beleuchtete das Spannungsfeld zwischen industriellem Geber- und infrastrukturellem schwachem





Preis für junge Ingenieure: Jon Chalmers UK (links)

Nehmerland aus. Besonders die Rolle, die Aufgabe und das Arbeitsergebnis von Consultants aus den Industrieländern schilderte er nicht ohne hintergründige Ironie.

Über weltweite Perspektiven der Standardisierung reflektierte Kollege T. Irmer, ITU. Obwohl die gemeinsame Standardisierungsarbeit selbst in den schlimmsten Zeiten des kalten Krieges nie ganz unterbrochen war, bietet die neue Situation enorme Chancen, nun in der Telekommunikation zusammenzuwachsen.

Die Vorträge wurden in deutsch, französisch und englisch simultan übersetzt. Eine große Erleichterung auch für die immer sehr lebhaft diskutierte Zuhörer.



Kongreß-Preise

FITCE vergibt jedes Jahr einen Ehrenpreis für den besten Vortrag. Die Teilnehmer widmeten ihn, sehr zu recht, David John Corrie (Großbritannien). Sein Vortrag »The Value of the Telecommunications Engineer in East and

West« fand großen Anklang. Die Herausforderungen an die Telekommunikation, getrieben durch Liberalisierung und Globalisierung der Märkte erfordert einerseits den Wandel von Verwaltungsstrukturen zu aktiv und kommerziell im Markt agierenden Unternehmen. Daraus erwachsen andererseits neue Anforderungen an den Telekommuni-

kationsingenieur: neben seiner technischen Expertise muß er auch moderne Managementmethoden erlernen und beherrschen!

Ein weiterer Preis für den vielversprechendsten Jungingenieur wurde Jon Chalmers (BTRL, Großbritannien) für seinen Beitrag »East meets West in the Infosphere« verliehen, den er gemeinsam mit seinen Kollegen Jeremy William Barnes und Ian Pearson geschrieben hat. Zum Beitrag wurden die Auswirkungen des Informationszeitalters und der Informations-Revolution diskutiert und mögliche Entwicklungen der Zukunft aufgezeigt.



Die Workshops

Zum ersten Mal bei einem FITCE-Kongreß wurden dieses Jahr drei Workshops parallel zu den Vorträgen durchgeführt. Sie standen unter den Themen

- Know-how Transfer
- Mobilkommunikation und
- Netze.



Workshop II: GSM standard and international impact von links: Klaus Knappe, DeTeMobil: Mobile radio projects in Moscow and CIS / Chantal Crave, Frankreich: The impact of mobile radio for eastern Europe / Klaus Hummel, DeTeMobil: Chairman

Im Gegensatz zur Konferenz, wo Simultanübersetzung in mehreren europäischen Sprachen geboten wurde, war für die Workshops Englisch als die einzige Arbeitssprache festgelegt. Diese Einschränkung stellte aber kein Problem dar, wie die hohe Beteiligung und die lebhaften Diskussionen zeigten.

Im Workshop I »Technology Transfer« berichtete Chairman Mr. Glinski (Polen) über die französisch-polnische Hochschule für neue Technologien in der Informationsverarbeitung und Kommunikation in Posen. Das als Stiftung organisierte Institut wird gemeinsam getragen vom polnischen Staat, der französischen und der polnischen Telekom, industriellen Gruppen sowie regionalen und lokalen Behörden beider Länder.

Dr. Peter Wollenweber (FH Dieburg) berichtete über internationale Kooperationsprojekte zwischen den drei technischen Fachhochschulen der Telekom und vergleichbaren Institutionen in verschiedenen europäischen Ländern (Ost und West).

Im dritten Beitrag berichtete Mrs. Eva Salvesen (Nokia, Finnland) über den Einsatz von NMT-Systemen als drahtlose Anschlußleitung für den raschen und kostengünstigen Aufbau einer Telekommunikations-Infrastruktur. Obwohl ursprünglich eher für einen Einsatz in ländlichen Gebieten mit geringer Besiedlungsdichte gedacht, sind sie auch vorteilhaft in urbanen Gebieten einsetzbar (DAL-Projekt der Telekom in den NBL).

Workshop II über »Mobilkommunikation« wurde von Klaus Hummel (DeTeMobil) geleitet. In seinem Statement hob er die Wichtigkeit der Mobilkommunikation hervor, die durch die hohen Wachstumsraten belegt werde. Er gab Beispiele für die Möglichkeit einer schnellen Versorgung größerer Gebiete, wie in den NBL oder der Ukraine und Rußland. Speziell GSM-Netze stellen eine Konkurrenz zum analogen Festnetz dar durch weltweit einheitliche Standards und die Möglichkeit des internationalen »Roaming«, d.h. der grenzüberschreitenden Nutzung.



Technische Exkursion zur ANT-Nachrichtentechnik in Radeberg

Klaus Knappe (DeTeMobil) berichtete über joint ventures in Moskau und den Bereich zwischen Moskau und St. Petersburg sowie die bei der Realisierung der Mobilfunknetze aufgetretenen Schwierigkeiten.

Chantal Crave (France Telecom) berichtete über joint ventures von France Telecom Mobile Radio in Polen und bestätigte die von Vorrednern konstatierten Erfahrungen.

Nils Ekkelenkamp (Nepostel, Niederlande) berichtete aus seinem reichen Erfahrungsschatz aus Ost-West-Kooperationen.

Im Workshop III »Netze« berichtete Chairman Tadzysz Drabko (Polen) über die Implementierung eines digitalen Overlaynetzes in Polen. Das Projekt umfaßt 12 Fernvermittlungsstellen, 16 Richtfunklinien, 7 Glasfaserlinien und eine Satelliten-Erdstation. Das 1993 in Betrieb genommene Netz vermittelt 114.000 Verbindungsleitungen und bedient noch 135.000 geschäftlich genutzte Telefonanschlüsse direkt.

Herr Nagel (DFKG) präsentierte ein

deutsch-kasachstanisches Gemeinschaftsprojekt: den Aufbau einer Auslandsvermittlungsstelle, einer Satelliten-Erdfunkstelle und mehrerer Weitverkehrssysteme. Probleme der Zusammenarbeit mit lokalen Auftragnehmern und die Arbeitsbedingungen wurden aufgezeigt.

Dr. Lothar Mackert (IBM) zeigte die Absichten und Beiträge seiner Firma bei der Verbesserung der Telekommunikations-Infrastruktur in osteuropäischen Ländern auf.

Dr. Tassos Dimitropoulos (Griechenland) berichtete über die Installation des ATTIKA-Ringnetzes, das den Großraum Athen versorgt. Unter Einsatz von Glasfaser-Übertragungstechnik und moderner Vermittlungssysteme konnte eine radikale Verbesserung der Dienstgüte erreicht werden.

Horst Friedel (Telekom) stellte schließlich das deutsch-amerikanisch-ungarische Gemeinschaftsprojekt vor. Das Gemeinschaftsunternehmen wurde beauftragt, in 39 von 55 Regionen in Ungarn das Telefonnetz kurzfristig auszubauen und für 25 Jahre zu betreiben.

Technische Exkursionen

Fester Bestandteil des FITCE-Kongresses sind Besichtigungen bei Fernmeldeunternehmen. Dieses Jahr konnten die Teilnehmer eine der folgenden Exkursionen auswählen:

- Alcatel/SEL (Herstellung von Leiterplatten und Stromversorgungseinrichtungen)
- ANT Nachrichtentechnik Radeberg GmbH (Herstellung von Multiplexsystemen, Mobilfunkeinrichtungen und Vermittlungssystemen)
- Meißener Nachrichtentechnik GmbH (Kabelausrüstungen, Telefonhäuschen und -hauben)
- Philips Kommunikations Industrie AG (Herstellung digitaler Übertragungseinrichtungen)
- Siemens AG (Entwicklung und Herstellung von Vermittlungs-, Übertragungs- und Vermittlungssystemen und Einrichtungen)
- Telekom (Glasfasereinsatz im Anschlußleitungsnetz)

Bei den Betriebsbesichtigungen wie auch bei den Überlandfahrten zu den Besichtigungsorten konnten die Teilnehmer einen Eindruck über den Stand der Aufbauarbeiten in den Neuen Bundesländern gewinnen.

Gesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen

Zur Entspannung und geistigen Erbauung der Tagungsteilnehmer, aber insbesondere zur Kommunikation untereinander wurde ein Rahmenprogramm zum Kongreß angeboten.

Begrüßungsabend

Der Begrüßungsabend fand am Montag, den 29. August, im Ratskeller statt. Die



Empfangskomitee zum Begrüßungsabend

Atmosphäre im gemütlichen Restaurant in den Gewölben des historischen Rathauses lud dazu ein, bestehende Freundschaften zu pflegen und neue Bekanntschaften zu knüpfen.

Telekom-Abend

Am Mittwoch, den 31. August, hatte Telekom, zu einem Gala-Abend in die Semper-Oper geladen. Nach der Aufführung von Leos Janacek's Oper »Das schlaue Fuchslein« wurde in den Foyers ein Empfang gegeben. Vor Beginn der Aufführung richtete Vorstandsmitglied Frerich Görts eine Grußadresse an die Kongreßteilnehmer und Gäste:

»Ladies and Gentlemen,
On behalf of Deutsche Telekom, it is a great pleasure for me to welcome you this evening here in the splendid setting of the Semper Opera House in Dresden during the 33rd European Telecommunications Conference of the Federation of Telecommunication Engineers of the European Community (FITCE).

I should like to extend a particular warm welcome to our guests from the Czech Republic, the Slovak Republic, Poland, Hungary and Norway, who are

taking part in this conference for the first time. I find this particularly pleasing as the FITCE has always promoted the development of telecommunications and made it what it is today through international cooperation and above all personal contact. For 30 years, telecommunications engineers from industry and various administrations have come together to discuss and determine the development of technical innovations. Their joint work within a network of



Der »Telekomabend« in der Semperoper war der kulturelle Höhepunkt der 33. Europäischen Fernmeldetage

personal relationships was and is a motivating force that is helping us to meet the challenges of the competitive world market. Providing new systems and equipment, and thus services, for the customers is what it is all about. And it is customer who then determines whether we succeed or fail. The customers will always be interested in performance and price. Optimal solutions can only be found if experts put their heads together within a team and search for these solutions. In my view, the FITCE continues to guarantee good solutions of this kind.



Vorstandsmitglied Frerich Görts begrüßte vor der Vorstellung alle Teilnehmer und Gäste

The theme of the European Telecommunications Conference is »The European Challenge to Telecommunications in East and West«, and we can clearly see that the fast progress in the development of technology, from the telephone to the personal computer to the multimedia workstation, is completely altering the structure of national and international cooperation. Technology is becoming more and more perfect. With these thoughts in mind, we should sit back this evening and enjoy the live performance and fantastic atmosphere here in the Semper Opera House.



Dinner Dance: The Praque Syncopated Orchestra

After the long and indepth discussions during the presentations, it is now time for some culture. It should certainly be easy for us to relax to Leos Janacek's music. I wish you a very enjoyable evening.«



Dampferfahrt auf der Elbe

Um auch einen Eindruck von den touristischen Attraktionen Dresdens und seiner näheren Umgebung zu vermitteln, trafen sich die verschiedenen Besichtigungsgruppen in Königstein, mitten in der sächsischen Schweiz. Von dort genoß man gemeinsam die Rückfahrt auf der Elbe mit historischen Schau-felraddampfern. Die einzigartig bizarren Felsformationen der Bastei, Schloß Pillnitz und das Blaue Wunder sind nur einige Highlights, die einen bleibenden Eindruck bei den Kongreßteilnehmern hinterließen.



Ball

Schließlich bot der Dinner Dance am Freitag, den 02. September, eine weite-

re Gelegenheit internationaler Begegnung. Da kein ausreichend großer Raum im Kongreßhotel zur Verfügung stand, mußte sich die Gesellschaft auf zwei getrennte Räume aufteilen. Dies tat jedoch der Veranstaltung keinen Abbruch. Die beiden Music-Bands verstanden es durch mitreißende Melodien ihr Publikum zu begeistern.



Das Begleitprogramm



Museumsführung



Führung in Schloß Pillnitz

Zum Eröffnungstag gehört traditionsgemäß eine Stadtbesichtigung. In der wiedererstandenen Altstadt Dresdens liegen nur Schritte voneinander entfernt Schloß, Hofkirche, Semperoper, der Zwinger und das imposante Palais an der Brühlschen Terrasse. Sie bilden mit ihren Türmen und Kuppeln die berühmte Silhouette von »Elbflorenz«. Fehlt noch die Frauenkirche, deren Ruinen noch immer über Trümmern aufragen. Doch auch hier rückt der Wiederaufbau näher, und Dresdens Oberbürgermeister spricht zu recht mit Stolz von den mehr als 200 Baukränen, die seine Stadt überragen.

Tags darauf führte ein Ausflug nach Moritzburg, einem barocken Jagdschloß, das auf einer künstlich angelegten Seeinsel inmitten eines weitläufigen Parks liegt. Anschließend ging es nach Meißen, das berühmt ist für die Zeugnisse seiner über 1000 Jahre alten Geschichte, für die hoch aufragende Albrechtsburg und nicht zuletzt für die Porzellanmanufaktur. Dort konnte man nach einer Einführung in die Herstellung von Porzellan die reichen Schauräume bewundern.

Nach einem Tag zur freien Verfügung fand am Donnerstag ein zweiter Ausflug statt. Dieser führte zunächst über das »Blaue Wunder« (sächsischer Humor bzgl. der historischen Eisenkonstruktion einer Elb-Brücke, deren ursprünglich grüner Anstrich innerhalb kürzester Zeit nach

der Errichtung sich ohne äußeres Zutun in Blau verwandelte) zur Sommerresidenz Pillnitz mit seinen großzügigen barocken Gartenanlagen, die in einen englischen Park übergehen, dessen Augapfel die 200jährige gigantische Japanische Kameilie ist. Weiter elbaufwärts beginnt die bizarre Welt der Felstürme des Elbsandsteingebirges. Die Bastei ist eine 300 m hohe Felsgruppe, die besonders schöne Ausblicke ins Elbtal bietet. Noch schien die Sonne, und der Himmel öffnete seine Schleusen erst, als in Königstein die Schiffe der »Weißen Elbflotte« für die Rückfahrt nach Dresden fast erreicht waren.

Der Freitag war den Museen gewidmet. In den Gemäldegalerien sind Superlative aus allen Jahrhunderten europäischer Malerei zusammengetragen. Das »Grüne Gewölbe« birgt einen unvorstellbaren Schatz an Juwelen und Goldschmiedearbeiten. Die Porzellansammlung ist die zweitgrößte der Welt, und das Deutsche Hygiene-Museum mit seinen gläsernen Menschen-Modellen zieht keineswegs nur Mediziner an.

Der Abschied fiel schwer, und nicht wenig Kongreßteilnehmer haben sich ein Wiedersehen mit Dresden vorgenommen.



Aufbruch zur Stadtführung: Aller Anfang ist schwer!



Generalversammlung von links: M. Skoulikaris - GR; M. van Ooteghem - B; M. Drincev - CZ; M. Kouremenos - GR; Mme Bolle - B.

Generalversammlung

Die Generalversammlung fungiert als das »Parlament« der FITCE. Sie entlastet den Präsidenten, genehmigt den Kassenbericht, legt die Budgetpläne für das kommende Jahr fest und wählt das Direktionskomitee neu, dem auch die Kollegen Eike-Rolf Michael und Guntram Kraus angehören. Folgende Punkte wurden dieses Jahr ebenfalls erörtert:

1. Das FITCE Journal, die periodische Zeitschrift der Vereinigung, erscheint nun als FITCE FORUM. Damit ist es nach längeren Schwierigkeiten gelungen, die Zeitschrift in einem griechischen Verlag zu publizieren. Die Kosten für das FITCE FORUM sollen durch Anzeigeneinnahmen aufgebracht werden.

Es wurde die Bitte ausgesprochen, Adressenänderungen direkt an den Verlag zu faxen oder an die deutsche FITCE-Gruppe zu geben!

2. Auf Anregung der französischen FITCE-Gruppe soll die Satzung insofern geändert werden, daß neben Ingenieuren der Telekommunikation auch andere

Führungskräfte dieser Branche, die keine ingenieurmäßige Hochschulbildung haben, Mitglieder der FITCE werden können.

Die deutsche FITCE-Gruppe hat dies bereits innerhalb der VHP beim Delegiertentag 1994 in Berlin zustimmend abgeklärt und unterstützt diese Änderung.

3. Nach zweijähriger Amtszeit wurde Prof. Dimitri Kouremenos satzungsgemäß nicht mehr nominiert. Zur Wahl wurde Dr.-Ing. Jose Luis Rojo Serrano, stellvertretender Generaldirektor für internationale Zusammenarbeit der spanischen Telefonica, vorgeschlagen. Er wurde einstimmig zum neuen Präsidenten der FITCE gewählt.

4. Der Vizepräsident der FITCE, Eike-Rolf Michael, würdigte in einer kurzen Ansprache die Verdienste von Prof. Kouremenos, der »das FITCE-Schiff sicher und souverän gesteuert hat«. Herr Michael dankte auch Herrn Hermann Gabler, der als Chairman die Auswahl der technischen Vorträge koordinierte und als Tagungsleiter fungierte. Ein ganz großes Dankeschön und standing ovations erhielt Werner Hufnagel, der mit einer kleinen Crew den diesjährigen

Kongreß organisiert hat. Welche Arbeit, Mühe, und wieviel Gespür dazu nötig sind weiß nur, wer selbst einmal eine ähnliche Veranstaltung zu organisieren hatte.

5. Herr Como lud als Vertreter der italienischen FITCE Gruppe zum 34. Kongreß nach Bologna ein, der vom 10. bis 16. September 1995 stattfinden wird. In Bologna wird 1995 die 100jährige Erfindung des Radios durch Marconi gefeiert. Grund genug, dort einen Telekommunikationskongreß abzuhalten!

6. Zum Schluß dankte Präsident Dr. Serrano der deutschen FITCE-Gruppe und insbesondere Herrn Hufnagel für die vortreffliche Organisation und hob das breite Themenspektrum, die interessanten Vorträge und nicht zuletzt die Wahl von Dresden als Tagungsort hervor.

Pressekonferenz

Die Pressekonferenz am Eröffnungstag fand in professioneller Atmosphäre statt. Zu Beginn begrüßte Guntram Kraus die Fernsehredakteure, Rundfunkreporter und Journalisten. Hierauf gab FITCE-Präsident Prof. Dimitri Kouremenos ein Statement über Rolle und Aufgaben der FITCE ab. Die sich anschließende Diskussion berührte Fragen der europäischen Telekommunikationspolitik, der Rolle der Ingenieure in Europa und die Situation der Telekommunikation in den neuen Bundesländern. Herr Michael als Präsident der Direktion Rostock konnte hierzu kompetent antworten. Über die technischen Vorträge und die Workshops der Tagung gab Herrmann Gabler einen Überblick.

Das Presseecho war zu lesen in der Süddeutschen Zeitung, den Dresdner Neuesten Nachrichten, der Dresdner Morgenpost, der Sächsischen Zeitung sowie zu sehen und zu hören in mehreren Fernseh- und Rundfunkbeiträgen des Mitteldeutschen Rundfunks.

Darüber hinaus berichteten Telekom Vision, Telekom Monitor und Insider über die 33. Europäischen Fernmeldeta-ge in Dresden.



Pressekonferenz: Kollegen Michael, Kouremenos, Kraus, Gabler

Ein Telekom-Filmteam hat ein zwanzigminütiges Video über die Tagung hergestellt, das für DM 20 über den Chefkoordinator des Kongresses, Herrn Werner Hufnagel, bezogen werden kann.



FITCE-Kongreß 1995

Auf Einladung unserer italienischen Kollegen findet der nächste Kongreß vom 10. bis 16. September 1995 in Bologna statt. Unter dem Generalthema: »The Telecommunications Network Management« sind wieder etwa 30 Vorträge und Workshops vorgesehen. Die Tagung wird voraussichtlich im Hotel Royal Carlton stattfinden.

Für Freunde der Toscana wollen wir eine Woche Florenz - Pisa - St. Luca - San Gimignano und Siena vorschalten. Z.Z. erarbeitet Kollege Hufnagel Pläne aus für die Zeit vom 03. bis 10. September 1995



Ausblick

Der 33. FITCE-Kongreß bot Gelegenheit, die vielfältigen Aspekte der Herausforderungen an Telekommunikationsunterneh-

men und insbesondere an die Telekommunikationsingenieure zu diskutieren. Gewaltige Veränderungen im Telekommunikationsmarkt, getrieben durch technologischen Fortschritt und globale wirtschaftliche Kooperation und Konkurrenz, erfordern von den Ingenieuren neben ihrem technischen Wissen zusätzlich Fähigkeiten und Fertigkeiten in moderner Unternehmensführung und -organisation.

Die Gestaltung des diesjährigen Kongreßprogramms - insbesondere das Parallel-Angebot von Workshops neben den Vorträgen - hat offensichtlich Anklang gefunden, wie die hohe Beteiligung und lebhaften Diskussionen bei den Workshops belegen. Auch warf die Beschränkung auf Englisch als Arbeitssprache keine Verständigungsprobleme auf. Daher sollte diese Erweiterung bei künftigen FITCE-Kongressen beibehalten werden.

Das Organisationskomitee hatte zahlreiche Persönlichkeiten aus osteuropäischen Ländern eingeladen, aber leider konnten nur wenige teilnehmen - sicher auch ein Devisenproblem. Um Ost und West näher zusammenzubringen, bedarf es sicher noch einer Reihe weiterer Kongresse.

Das Organisationskomitee dankt Telekom und der deutschen Fernmeldeindustrie für die großzügige materielle und organisatorische Unterstützung, ohne die der Kongreß nicht hätte durchgeführt werden können. Dank aber auch unserem Kollegen Werner Hufnagel, der alle notwendigen Aktivitäten souverän koordinierte.



Dank an den Organisator: Mr. Kouremenos dankt dem Kollegen Hufnagel für die hervorragende Organisation und den guten Ablauf der Woche.

Quo vadis, Postbeamtenkrankenkasse?

Vortrag anlässlich der VHP-Beiratssitzung am 30.09.94 in Köln



Herr Müllejans, PBeaKK Köln

▼
Durch die bevorstehende Privatisierung der drei Unternehmen - Postdienst, Telekom und Postbank - aufgrund der nun beschlossenen Postreform II treten bei der PBeaKK wesentliche Änderungen ein.

Nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (Postneuordnungsgesetz-PTNeuOG) wird die PBeaKK als betriebliche Sozialeinrichtung im Sinne des § 10 Abs. 2 Postverfassungsgesetz in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung in ihrem Bestand geschlossen und mit dem Ziel der Abwicklung in der bestehenden Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts nach Maßgabe der Satzung der PBeaKK für die Bundesanstalt und die Aktiengesellschaften durch die Bundesanstalt weitergeführt.

Hinsichtlich des Abschlusses von Geschäftsversorgungsverträgen zur Weiterführung, verweisen wir auf § 19 Abs. 2 des Gesetzes, wonach die Zuständigkeit der Bundesanstalt obliegt.

Da die Unternehmen gesetzlich zur Fortführung der PBeaKK verpflichtet sind, könnten sie ggf. nur durch eine Gesetzesänderung aus dieser Verpflichtung entlassen werden.

Nach § 26 Abs. 5 Satz 2 gehen die Ausgaben der PBeaKK, die durch die Beihilfepauschale, den Zuschuß der Aktiengesellschaften und die nach Abs. 2 berechneten Beiträge der Mitglieder nicht gedeckt werden, zu Lasten der Aktiengesellschaften, unabhängig von deren evtl. Gewinn oder Verlust. Unserer ursprünglichen Forderung nach Rückhaftung des Bundes im Falle der Zahlungsunfähigkeit einer Aktiengesellschaft - wie es im Bahngesetz für die KVB vorgesehen ist - wurde in dem Gesetzgebungsverfahren leider nicht Rechnung getragen. In den Erläuterungen zum Vertrag über soziale Fragen soll nach Angaben der DPG der Bundespostminister jedoch eine Erklärung abgegeben haben, wonach spätestens im vierten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes geprüft wird, ob die Leistungsfähigkeit der Aktiengesellschaft ausreicht, die finanziellen Verpflichtungen gegenüber der PBeaKK weiterhin tragen zu können. In diesem Zusammenhang sollen die

Aktiengesellschaften die Rückstellungen bedarfsgerecht bilanzieren.

Im übrigen wurde verwaltungsseitig hinsichtlich des steigenden Kostenrisikos infolge des fehlenden Nachwuchses ein versicherungsmathematisches Gutachten eingeholt, in dem die Beitragsstruktur für die Unternehmen auf 80 Jahre berücksichtigt sind. Hieraus ist genau ersichtlich, welche Beiträge für die genannte Dauer von den Unternehmen an die PBeaKK gezahlt werden müssen. Für den Konkursfall eines Unternehmens sind unseres Erachtens bisher keine besonderen gesetzlichen Regelungen getroffen.

Das künftige Leistungsangebot wird sich weiterhin am tatsächlichen Bedarf orientieren können (§ 26 Abs. 4). Ob sich späterhin auch Verschlechterungen ergeben können, vermögen wir nicht zu beurteilen, da die Änderungen der Beihilferichtlinien dem Bundesinnenminister obliegt.

Wie erwähnt, ist die PBeaKK mit dem Inkrafttreten des Postneuordnungsgesetzes zum 1. Januar 1995 in ihrem Bestand geschlossen. Dies bedeutet, das Neuaufnahmen letztmals zum 1. Dezember 1994 dieses Jahres möglich sind. Die Aufnahmeanträge müssen spätestens zum 30. November 1994 - der Eingangsstempel ist maßgebend - bei der Bezirksstelle bzw. beim Beschäftigungsamt eingegangen sein.

Die Rechte der Mitglieder bezüglich der Mitgliedschaft und der Mitversicherung von Angehörigen bleiben nach bisherigem Kenntnisstand unberührt. Dies bedeutet, daß auch künftig Angehörige im Rahmen der geltenden Satzungsbestimmungen zur Mitversicherung angemeldet werden können.

Die Aufnahme in die ZV - darunter fällt auch die Versicherung in weitere Stufen - können wie bisher die Mitglieder der Grundversicherung für sich selbst, ihre Ehegatten und die im Ortszuschlag oder Sozialzuschlag berücksichtigungsfähigen oder in der Grundversicherung mitversicherten Kunden beantragen.

Die FEFAS auf neuen Wegen

Kultur und/oder Wettbewerb

Für Personen, die nicht unter den eben erwähnten Personenkreis fallen - dazu zählen nicht die Kinder, die nicht mehr im Ortszuschlag oder Sozialzuschlag berücksichtigungsfähig sind - kann nur noch die Aufnahme in weitere Stufen der ZV beantragt werden. Das bedeutet, daß für diese Personen bereits die Versicherung in zumindest einer Stufe des ZV bestehen muß. Der Aufnahmeantrag in diesen Fällen ist von denjenigen zu stellen, die schon im Rahmen der bis zum 31.12.94 geltenden Satzungsbestimmungen die Aufnahme beantragt haben oder die durch die Fortsetzung der ZV als eigene Versicherung selbst antragsberechtigt geworden sind. Das bisherige Kriterium »Beschäftigter bei der DBP« reicht also für die Aufnahme in die ZV allein künftig nicht mehr aus.

Die Aufnahme in die AKEV können nach der Schließung zum 31. Dezember 1994 nach jetzigem Sachstand nur noch die Mitglieder der Grundversicherung für sich selbst, ihre Ehegatten und die im Ortszuschlag oder Sozialzuschlag berücksichtigungsfähigen oder in der Grundversicherung mitversicherten Kinder die Aufnahme beantragen. Alle übrigen Personen, insbesondere Tarifkräfte, können nach der vorgesehenen Änderung des § 62a Abs. 1 der Satzung der PBeaKK ab dem 1. Januar 1995 die AKEV nicht mehr neu beantragen.

Alle Informationen, die eine Änderung unserer Satzung betreffen, gelten nur vorbehaltlich der Beschlüsse der Organe - Vorstand und Vertreterversammlung - der PBeaKK in den Sitzungen im Oktober und November 1994. Verbindliche Aussagen darüber sind daher zu Zeit nicht möglich.

Soweit von Beschäftigten, die zur Zeit noch in einer privaten Krankenversicherung versichert sind, Anträge auf Aufnahme in die Grundversicherung zum 1. Dezember gestellt werden, ist noch folgendes zu bemerken: Besteht ein privater Krankenversicherungsvertrag - der wegen der Kündigungsfristen unter Umständen erst später endet - kann die Mitgliedschaft in der PBeaKK beantragt

werden. Ein Ruhen der Mitgliedschaft ist, außer bei Urlaub ohne Bezüge, nicht möglich. Bei Beginn der Mitgliedschaft zum 1. Dezember ist daher der laufende Monatsbeitrag und laut unserer Satzung zusätzlich der 13. Beitrag zu erheben.

Noch kurz etwas zu den Beiträgen. Nach § 26 Absatz 3 des Postneuordnungsgesetzes sind die Höchstbeiträge der Beitragstabellen gemäß Anhang 1 der Satzung der PBeaKK jährlich der durchschnittlichen Kostenentwicklung im allgemeinen Gesundheitswesen anzupassen. Maßgebend hierfür ist der Prozentsatz, der sich im Vergleich der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung zu denen des jeweiligen Vorjahres ergibt. Im Informationspaket »Postreform II - Ein Unternehmen im Aufbruch« steht unter Sozialleistungen noch folgender Satz: »Die Beitragssteigerung in der Grundversicherung wird grundsätzlich unterhalb der durchschnittlichen Kostenentwicklung im allgemeinen Gesundheitswesen liegen«.

Wie inzwischen allgemein bekannt ist, wird mit Wirkung vom 1. Januar 1995 für alle krankenversicherten Personen die Pflegeversicherung eingeführt. Sie ist eine Pflichtversicherung und soll das finanzielle Risiko bei einer Pflegebedürftigkeit absichern. Ab diesem Zeitpunkt besteht für alle Beamten und Versorgungsempfänger - neben den gesetzlich versicherten Arbeitnehmern - die Pflicht, sich selbst und ihre Angehörigen gegen das Pflegerisiko zu versichern. Für die Pflegeversicherung gilt der Leitsatz »Pflegeversicherung folgt Krankenversicherung«. Dies bedeutet, daß ab dem 1. Januar 1995 privat krankenversicherte Beihilfeberechtigte mit ihrer privaten Krankenversicherung zusätzlich eine ihrem Bemessungssatz entsprechende private Pflegeversicherung (das Gesetz spricht im Art. 1 § 23 Abs. 3 des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) von »anteiliger beihilfekonformer Versicherung«) abzuschließen haben. Die Pflegeversicherung muß nicht mit demselben Unternehmen

abgeschlossen werden, bei dem schon die private Krankenversicherung besteht; diesbezüglich besteht innerhalb eines halben Jahres nach § 23 Abs. 2 des oben genannten Gesetzes ein Wahlrecht zum Vertragsabschluß mit einem anderen privaten Versicherungsunternehmen.

Die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz beginnen erst drei Monate nach dessen Inkrafttreten, also ab dem 1. April 1995, und zwar zunächst nur für häusliche, teilstationäre und Kurzzeitpflege nach dem Leistungskatalog in § 28. Inwieweit künftig im Beihilferecht Ansprüche auf Leistungen aus der privaten oder sozialen Pflegeversicherung berücksichtigt werden, ist derzeit Gegenstand der Prüfung der Anpassung der Beihilfavorschriften an das neue Pflegerecht durch das Bundesministerium des Innern. Die Anpassung der BhV soll rechtzeitig zum 1. Januar 1995 erfolgen.

Da die PBeaKK nach dem Gesetz nicht selbst berechtigt ist, diese neue Versicherung einzuführen, wurde zur Vereinfachung für unsere Mitglieder beim Verband der privaten Krankenversicherung e.V. (PKV) eine »Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Durchführung einer Pflegeversicherung« (GPV) gebildet.

Die wesentlichen Vorteile für unsere Mitglieder bestehen darin:

- Sie müssen keinen eigenen Antrag stellen, sondern erhalten automatisch von der Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen bis zum Jahresende den Versicherungsschein zugesandt.
- Sie haben auch weiterhin nur einen Krankenversicherungspartner, nämlich die Postbeamtenkrankenkasse
- Die Beiträge werden zusammen mit den PBeaKK-Beiträgen durch die PBeaKK eingezogen.
- Leistungsanträge werden von Ihrer zuständigen Bezirksstelle bearbeitet, die die Leistungen nach dem Pflege-

Quo vadis, Postbeamtenkrankenkasse?

Vortrag anlässlich der VHP-Beiratssitzung am 30.09.94 in Köln

Versicherungsgesetz festsetzt und, falls Sie auch beihilfeberechtigt sind, zusammen mit den Leistungen der Beihilfe auszahlt.

Der Beitrag für die private Pflegeversicherung wird ab dem 1. Januar 1995 fällig. Die Höhe des Beitrags, die den Höchstsatz der sozialen Pflegeversicherung (zunächst 1 % der Beitragsbemessungsgrenze von zur Zeit 5700,- DM = 57,- DM) nicht übersteigen darf, richtet sich nach dem Eintrittsalter und ist für Männer und Frauen gleich. Für Versicherte mit Beihilfeberechtigung beträgt der Beitrag höchstens die Hälfte des jeweiligen Höchstsatzes. Dies wären zur Zeit 28,50 DM. Die genaue Höhe im Einzelfall steht erst nach Anpassung der beihilferechtlichen Vorschriften an das Pflegeversicherungsgesetz fest.

Der in der Grundversicherung mitversicherte Ehegatte wird mitversichert,

- wenn er nicht selbst versicherungspflichtig ist,
- wenn er nicht hauptberuflich selbstständig ist,
- sofern sein Gesamteinkommen - nach den Verhältnissen von 1994 - regelmäßig nicht höher ist als 560 DM im Monat.

Für die Mitversicherung des Ehegatten erhöht sich der oben genannte Höchstbeitrag um die Hälfte.

Die in der Grundversicherung mitversicherten Kinder werden beitragsfrei mitversichert

- bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres,
- bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres, wenn sie nicht erwerbstätig sind,
- bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, wenn sie sich in der Schul- oder Berufsausbildung befinden.

Weitere Einzelheiten sowie der für jeden einzelnen geltende Beitrag wird bei der Zusendung der Versicherungsunterlagen durch die Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen mitgeteilt.

Das geschilderte Verfahren schließt nicht aus, daß unsere Mitglieder innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes bei einem Versicherungsunternehmen ihrer Wahl selbst einen Versicherungsvertrag abschließen können. Wir weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß die Beiträge bei allen Versicherungsunternehmen bis auf geringe Verwaltungskostenanteile gleich sind und sich nur um Pfennigbeträge unterscheiden. Die Leistungen sind gesetzlich festgelegt und unterscheiden sich grundsätzlich nicht.

Wegen der enormen Vorteile - Leistungen der Krankenversicherung, der Pflegeversicherung und der Beihilfe werden aus einer Hand gewährt - empfehlen wir unseren Mitgliedern, die Pflegeversicherung über die Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen in Zusammenarbeit mit der PBeaKK abzuschließen. Die Unterlagen dazu erhalten unsere Mitglieder, wie bereits erwähnt, automatisch. ■

Frankieren und sammeln:



Weihnachtsmarken ... das Porto mit Herz.

Erhältlich bis Ende Januar bei der Post und ganzjährig bei den Wohlfahrtsverbänden.

Wohlfahrtsmarken gibt's auch in Markenheftchen!



Schöne Motive - für Hilfe, die ihr Ziel erreicht.

Wohlfahrtsmarken helfen!

Der Erlös aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken wird für dringend benötigte Hilfe eingesetzt, ob im Kindergarten, im Altenheim oder für kranke und behinderte Menschen. Und Hilfe tut not. Über drei Millionen Menschen werden täglich durch die Wohlfahrtsverbände betreut.

Das hilfreiche Porto für die Brieftasche.

Hilft Ihnen notfalls „aus der Verlegenheit“. Hilft vielen aus großer Not. Erhältlich nur bei den Wohlfahrtsverbänden.

Die FEFAS auf neuen Wegen

Kultur und/oder Wettbewerb



Dr. Frieder Lauxmann
Postamt Karlsruhe

»Es gibt kein Argument für staatliches Management«. Dieser Satz des früheren belgischen Postministers de Croo fiel im Palazzo Vecchio bei der Eröffnung des XV. Kongresses der FEFAS am 21. September 1994 in Florenz unter den Fresken von Giorgio Vasari und neben berühmten Plastiken u.a. von Michelangelo. Kongreßthema war: »Die Kultur des Wettbewerbs« und wohl mancher Kongreßteilnehmer hätte gerne gewußt, ob sich eine Verbindung zwischen den in der Toskana so reich zu findenden Zeugnissen eines Höhepunktes europäischer Kultur und der uns heute noch verbliebenen »Kultur des Wettbewerbs« finden ließe. Auch die Herrscher aus dem Hause Medici mußten gegen Konkurrenz kämpfen und wenn sie dies nur immer auf edle und rücksichtsvolle Art und Weise getan hätten, dann wären ihre Paläste möglicherweise etwas bescheidener ausgefallen. Was wir heute als »Kultur« bewundern können, war wohl oft nur dadurch möglich, daß da jemand viel Geld ausgeben konnte. Aber von solchen Querverbindungen war nicht unmittelbar die Rede. Die Schlösser und Klöster, in denen der Kongreß tagte (und tafelte) waren stumme Zeugen einer

Tradition, mit der die heutige Kultur des Wettbewerbs äußerlich nichts mehr zu tun haben will.

Dies zeigte auch der Eröffnungsvortrag von Professor Enzo Cardi, dem Präsidenten der neugegründeten italienischen Postgesellschaft (Ente Poste Italiana). Er machte deutlich, wohin die Entwicklung geht: Für den italienischen Staat ist die Post ein Symbol für eine wirtschaftliche Neuorientierung, die ins 21. Jahrhundert gerichtet ist und die nur weltoffen, dezentralisiert und auf Wettbewerb ausgerichtet sein kann.



Festliche Kongreßeröffnung im Palazzo Vecchio in Florenz

Der schon erwähnte Herr de Croo belegte diese Entwicklung mit Fakten. Staatliche Fluggesellschaften in vielen Ländern haben nur überlebt, weil und soweit sie

privatisiert wurden. Wären sie staatlich geblieben, dann wären sie längst pleite gegangen, was in einigen Ländern ja auch tatsächlich passiert ist. Daher de Croos Kernsatz: Das Geld muß vom Kunden kommen, nicht vom Staat. Es gibt vieles, was Private einfach besser, schneller und billiger können. Auch zu dem Problem der Haltung der Gewerkschaften gegenüber den auf uns zukommenden Entwicklungen äußerte er sich: Wenn die Gewerkschaften den (ehemals) staatlichen Betrieben zugestehen, daß sie so geführt werden, wie sie ihre eigenen Unternehmen führen, dann ist alles o.k. Anscheinend gibt es in einigen europäischen Ländern trotzdem noch Probleme mit den Gewerkschaften.

Elegante Technik

Wie weit die Italiener auf dem Gebiet des Einsatzes moderner Technik vorangeschritten sind, wurde bei einer Besichtigung des modernen Brief- und Paket-Zentrums in Sesto Fiorentino bei Florenz sichtbar. Die von den Firmen Elsag Bailey (Genua, New York) und CML (Italien) gebauten technischen Großanlagen beeindruckten durch ihre hochentwickelte Automation in eleganten Industriebauwerken. Vom Stempeln bis zum Abbinden der Beutel gibt es im Briefdienst nur einen Eingriff von Hand: Das Codieren, und zwar auch von Großbriefen. Alles andere ist automatisiert. Angesichts dieser Technik bleibt das Staunen über die teilweise immer noch relativ langen Laufzeiten. Auch für den Paketdienst wurde (zumindest in Florenz) eine technisch bestechende Großverteilanlage errichtet. Es fielen uns allerdings einige »Klippen« auf, an denen nach wie vor Handarbeit notwendig war, die sich bei noch weiter fortgeschrittener Entwicklung vermeiden läßt.

Europa: Ein Heimspiel?

In den Arbeitssitzungen gab es interessante Vorträge und Diskussionen, die

hier natürlich nicht alle erwähnt werden können. John Luff von British Telecom (BT) machte sichtbar, wie er den Wettbewerb versteht: BT ist über die Banca de Santander auf den spanischen Telekommunikationsmarkt eingestiegen. Sie hat die Zurückhaltung der spanischen Verwaltung ausgenutzt und ist dabei, sich ein dichtes Netz in Spanien in erster Linie für geschäftliche Telekommunikationsbedürfnisse aufzubauen und das Geschäft boomt. »The demand is exploding«. Aber Spanien ist für BT nur ein Anfang. BT möchte eine weltweit agierende Telekom-Gesellschaft werden mit einem »end to end global service«. Europa? Das hat für BT schon längst nicht mehr den Anstrich von etwas Exotischem: »Europa is our home market«. Hier konnte man die Ohren spitzen. Die Niederländer haben ebenfalls schon damit begonnen, zumindest auf dem Gebiet des Postdienstes, außerhalb ihrer nationalen Grenzen zu akquirieren. Wenn wir Deutschen da nicht mitspielen, sind wir postalisch bald so abhängig wie bei der Computer- oder Fotoindustrie, wo wir (zumindest im Massengeschäft) reines Importland geworden sind.

▼
Ein Schiff in Seenot

Das Kongreßthema wurde u.a. aus der Sicht eines Unternehmensberaters dargestellt. Es sprach Herr Del Santo von der Firma Andersen Consulting Italia. Genauer gesagt, er referierte über die von seinem Unternehmen produzierten »Charts«, die er im leicht verdunkelten Kongreßsaal an die Wand projizierte, wie das eben heute so üblich ist. Auch in Italien läßt sich also die Post amerikanische Managementphilosophie einpflanzen. Recht hatte Herr Del Santo, wenn er sagte, es komme bei Führungskräften nicht nur auf das »know how« an, sondern vor allem auch auf das »know why«. Daher zeigte er auch als Hintergrund zum Verständnis unseres Verhaltens den nicht mehr ganz taufrischen, aber immer noch gültigen »Eisberg«. Unser sichtbares Verhalten ist also nur die Spitze des Eisbergs. Die »Werte« und die »Kultur« bleiben im eisigen Wasser verborgen. Die Fragen blieben unbeantwortet: Was ist unter dem Begriff »Kultur« hier zu verstehen? Ist es eine »Kultur«, ums Überleben zu kämpfen? Aber vom Eisberg zur Seenot ist ja bekanntlich

kein weiter Weg. Deshalb war zu hören: Ein Schiff muß notfalls Ballast abwerfen, wenn es sein Ziel erreichen soll. Dies war deutlich zu verstehen. Ballast, das sind die Mitarbeiter, die zu viel an Bord sind. Andere Länder haben die gleichen Probleme. Nur die Lösungen unterscheiden sich. Andersen Consulting rät: In der Kultur der Krisenbewältigung sind notfalls auch brutale Maßnahmen notwendig Nicht als Kongreßgegenstand, aber im Hintergrund, war folgendes zu erfahren: Alle leitenden Beamten der italienischen Post, die über 60 Jahre alt sind, erhielten am 14. August 1994 ein Fax, das ihnen mitteilte, daß sie am 16. August in den Ruhestand treten (15. August ist ein Feiertag und das Ministerium ist geschlossen). Einige italienische Kollegen, die man sonst auf Kongressen gesehen hatte, waren daher nicht mehr anwesend. Wie man hört, wissen sie jetzt, was man unter brutalen Maßnahmen versteht, zu denen sich amerikanische Unternehmensberater bekennen.

»Die Post aus der Sicht ihrer Kunden« war ein Kongreßbeitrag von Klaus Prochazka, Ettlingen, dem Herausgeber des vertraulichen Informationsdienstes »Der Versandhausberater«. Herr Prochazka gab die Ergebnisse einer von ihm veranstalteten Umfrage unter den Beziehern seines Informationsdienstes bekannt. Danach sieht man die Post viel kritischer als die im Auftrag der Post veranstalteten Umfragen erkennen lassen. Wenn private Vertriebsnetze gleich gut sind wie die Post, aber etwas billiger, will man abspringen. Dies ist für die Postler zwar keine überraschende Neuigkeit, aber es zeigte einmal wieder, wie ernst die Situation ist, und daß die vom BMPT mit Hast betriebene Liberalisierungsideologie, auch wenn sie im Prinzip unvermeidlich ist, mit Maß und Geschick gehandhabt werden müßte.

▼
Manager lernen »europäisch«

Auf den Kongreß folgte die Generalversammlung der FEFAS. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis:



Fahnen und Fanfaren beim Einzug des Staatsoberhauptes in den »Saal der 500« im Palazzo Vecchio

Die FEFAS setzt neue Akzentuelpunkte Eine Tochter für mobile Kunden



Jean Claude Gillet, Brüssel, Präsident der FEFAS von 1992-1994 Enzo Martini, Florenz, Vizepräsident

Präsident: Frits Watjer, Niederlande;
Vizepräsident: Enzo Martini, Italien;
Generalsekretär: Keith Morgan, U. K.;
Deutsches Vorstandsmitglied (wie bisher): Immken Rüterjans, Hanau.

Der nächste Kongreß wird in Deutschland abgehalten. Die Stadt ist noch nicht festgelegt, in Betracht kommen Bremen oder Baden-Baden. Wie es bei uns weitergeht, das hängt auch davon ab, wie die Arbeit der FEFAS von unserer Generaldirektion gesehen wird. In den Niederlanden beispielsweise wurden jüngere Kollegen nachdrücklich von ihrer Direktion ermuntert, den Kongreß zu besuchen, die Teilnahmekosten wurden ihnen erstattet. Eine ähnliche Regelung gibt es bei British Telecom. Die Unternehmen, die auf »weltgewandtes« Auftreten ihrer Manager großen Wert legen und derartige internationale Kontakte als unverzichtbares Forum ansehen, unterstützen dann auch auf diese (und andere) Weise die FEFAS. Es würde nicht zum Bild unserer neuen (privatisierten) Unternehmen in Deutschland passen, wenn sie da abseits stehen wollten. Führungskräfte anderer europäischer Postverwaltungen schauen jetzt also auf Deutschland, um

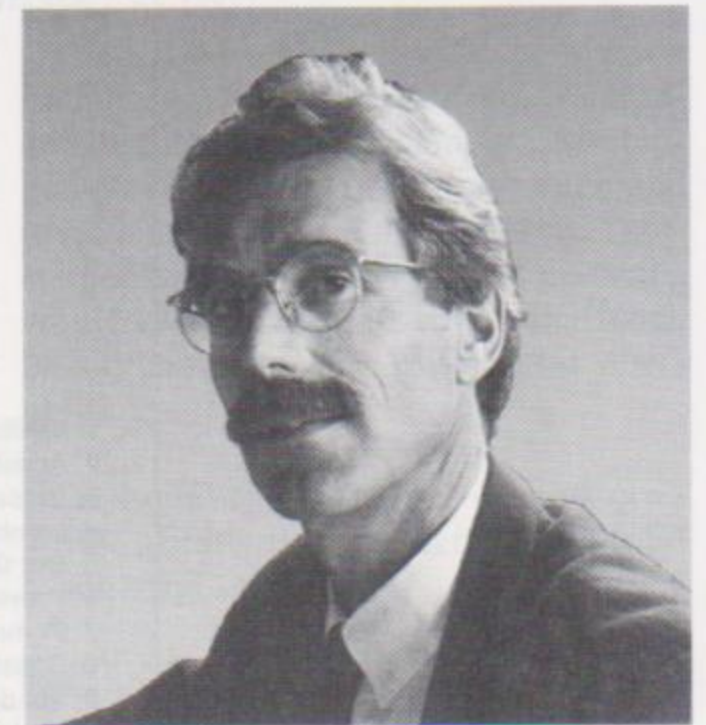
zu sehen, ob unsere Unternehmen die ausgestreckte Hand einer nicht an Grenzen und formelle Funktionen gebundenen internationalen Zusammenarbeit ergreifen oder reserviert abwartend beiseitestehen wollen. Florenz hat Zeichen gesetzt. Wir sollten sie verstehen.

Die Gastfreundschaft

Und die Kultur? Die des Wettbewerbs bleibt vage. Und trotzdem prägte sie das internationale Treffen. Es gab neben der steinernen noch eine andere Kultur zu bewundern: Die der italienischen Gastfreundschaft. Es ist kaum zu beschreiben, mit welcher Liebe und Mühe die Italiener unter der Leitung von Enzo Martini diesen Kongreß vorbereitet und gestaltet haben. Sie zeigten uns die Herrlichkeiten ihrer Kultur und ließen uns darin regelrecht leben. So fand die Generalversammlung der FEFAS im Kapitelsaal einer Kartause in der Nähe von Siena statt, unter einem eindrucksvollen Abendmahlfresko aus dem 17. Jahrhundert. Das anschließende Essen war im Kreuzgang, es hatte allerdings nichts Mönchisches an sich,

es war das genaue Gegenteil. Von der Vielseitigkeit und Qualität der italienischen Küche kann man schwärmen. Auch sie ist ein Teil der Kultur. Sie war auch an Herzlichkeit und Freundschaft deutlich zu erkennen und keineswegs unter einer Eiswasserfläche unsichtbar verborgen.

Der Ablauf der Organisation schien manchem Deutschen gelegentlich etwas zeitaufwendig. Aber der Schein trügte, es war alles bestens vorbereitet und es hat alles wunderbar geklappt. Wir in Deutschland, die 1996 den nächsten Kongreß ausrichten dürfen, werden es nicht leicht haben, uns den Maßstäben, die hier gesetzt wurden, auch nur einigermaßen anzupassen. Natürlich wird man von uns keine italienischen Klöster verlangen, wir werden es auf deutsche Art machen, mit deutscher Küche. Aber in bezug auf das Funktionieren der Organisation wird man viel von uns verlangen.



Frits Watjer, Niederlande, Präsident ab 1994

»Wenn die deutschen Manager nicht endlich damit anfangen, wirklich im europäischen Rahmen zu denken und die Kulturen unserer Nachbarn zu verstehen, besteht die Gefahr, daß das »Made in Germany« einen ganz neuen Unterton bekommt: »zu teuer, zu wenig innovativ, zu spät auf dem Markt.«
Günther Ogger
(»Nieten in Nadelstreifen«).

Die FEFAS setzt neue Akzente

Dr. Otfried Brauns-Packenius

Im September 1994 fand in Florenz der 15. Kongreß der europäischen Vereinigung der höheren Führungskräfte des Postdienstes. Darüber ist an anderer Stelle berichtet worden.

Hier soll es um die Frage gehen, wie die Zukunft zu meistern ist.

Angesichts der beträchtlichen Veränderungen in allen Ländern ist die Frage, wie es mit der FEFAS weitergehen kann, wichtiger denn je.

Es wurde deshalb eine neue Satzung verabschiedet, die einen neuen Geist zum Ausdruck bringt.

Zunächst ist festzustellen, daß die Reformen in allen Ländern den Wunsch nach

dem erhöhten Engagement der Funktionsträger zu erkennen. Zugleich sind viele jüngere Kollegen dabei, sich in der FEFAS zu etablieren. Das trifft in unterschiedlichen Graden auf alle Mitgliedsländer zu, wobei gerade in Deutschland eine etwas stärkere Beteiligung nicht nur wünschenswert, sondern auch erforderlich ist. Die FEFAS bemüht sich jedenfalls, mehr Kontakte herzustellen als bisher und dabei besonders den jüngeren Kollegen etwas zu bieten. Das bedeutet im einzelnen, daß zwischen den Kongressen, die nur alle zwei Jahre stattfinden, Veranstaltungen unterschiedlicher Art mit berufspolitischen, kulturellen oder auch gesellschaftlichen Schwerpunkten zu organisieren sind. Der neu gewählte Vorstand wird diesen Weg beschreiten.

Ein anderer Aspekt ist die Verbesserung des Gedankenaustausches zwischen der FEFAS und den nationalen Vereinigungen, in unserem Falle also der VHP. Schließlich bedarf es auch der Aufnahme von Kontakten zu anderen internationalen Institutionen, nicht zuletzt zu den Organen der EU, die sich ja ihrerseits mit der Liberalisierung und Harmonisierung der Postdienste befassen.

Es gibt also im Grunde für die FEFAS unendlich viel zu tun. Daher ist jeder Kollege, der sich beteiligen kann, herzlich willkommen. Er kann dabei zwar nicht sein Einkommen erhöhen, wohl aber seinen Erfahrungsschatz erheblich erweitern. ■

REISEN - ERLEBEN - ENTDECKEN mit GESELLSCHAFT für KULTUR und REISEN e.V.



Reiseprogramm 1995

1. Mexikanische Impressionen	08.04.-25./29.04.	DM 5.820,-
2. Andalusien in der "Semana Santa"	09.04.-16.04.	DM 1.950,-
3. Seidenstraße: Pakistan-China	04.05.-01.06.	DM 7.770,-
4. Lombardel und Piemont	13.05.-21.05.	DM 1.760,-
5. Der Goldene Westen der USA	31.05.-18.06.	DM 5.570,-
6. Provence und Côte d'Azur	05.06.-17.06.	DM 2.380,-
7. Pommern-Danzig-Masuren	29.07.-12.08.	DM 2.250,-
8. Rossini-Festspiele Pesaro	17.08.-21.08.	DM 1.050,-
9. Auf der Route Napoléon	16.09.-01.10.	DM 2.620,-
10. Korfu-nordwestliches Griechenland	23.09.-07.10.	DM 2.870,-
11. Mit der Transsibirischen Eisenbahn nach China	26.09.-19.10.	DM 6.650,-
12. Iran: Klassisches Persien	08.10.-28.10.	DM 5.480,-
13. Städtereise New York	19.10.-24.10.	DM 2.290,-
14. Naturerlebnis Venezuela mit Karibikinseln	04.11.-18./23.11.	ab DM 5.750,-
15. Inselparadies Sri Lanka	09.11.-23.11.	DM 3.450,-

Fordern Sie unseren neuen kostenlosen Katalog 1995 an:

Gesellschaft für Kultur und Reisen e.V.
Arnulfstrasse 195 / Zi. 609
80634 München
Telefon: 089 / 1 67 54 19 oder 1 67 96 15
Telefax: 089 / 1 67 96 31

DeTeMobil: Eine Tochter für mobile Kunden

Manfred Oehler, DeTeMobil Bonn

Der vorliegende Artikel befaßt sich mit der stufenweisen Anpassung des Mobilfunks der Telekom an die Erfordernisse des Wettbewerbes. Diese Entwicklung ist auch Ausdruck sich wandelnder Rahmenbedingungen des ordnungspolitischen Umfeldes. Darüber hinaus werden Aufgaben und Gliederung der DeTeMobil und deren Einbindung in den Telekom-Konzern aufgezeigt.

Gründung der DeTeMobil

Nach der Entscheidung, ein digitales Funktelefonnetz D1 im Wettbewerb aufzubauen und in Betrieb zu nehmen, mußten die notwendigen personellen und technischen Ressourcen schnellstmöglich bereitgestellt werden. Die notwendige »Manpower« und das erforderliche Fachwissen konnte zeitgerecht aus dem Bereich der DBP nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Auch die Randbedingungen des öffentlichen Dienstrechtes erschwerten die Gewinnung zusätzlicher Spezialisten vom Arbeitsmarkt.

Um den neuen Anforderungen des Marktes schnell gerecht zu werden, wurde die Deutsche Telepost Consulting GmbH (DETECON) mit der Spezifikation des neuen Dienstes, der Planung und dem Aufbau des neuen, digitalen Funktelefonnetzes, sowie mit der Entwicklung von Produktmarketingkonzepten und mit Vertriebsaufgaben für Mobilfunk beauftragt. Hierzu wurden in der DETECON verschiedene Projekte eingerichtet. Die Steuerung der DETECON-Projektgruppen oblag dem Mobilfunkbereich der Generaldirektion Telekom.

Zur Herstellung der Chancengleichheit unter den Randbedingungen eines sich abzeichnenden harten Wettbewerbes und zur Erreichung der Marktführerschaft mußte das neue Funktelefonnetz mög-

lichst schnell, noch in der Einführungsphase, in eine private Gesellschaft übergeleitet werden.

Als einen ersten Schritt beschloß deshalb der Aufsichtsrat der Telekom am 21.05.92 die Gründung einer Mobilfunkgesellschaft, deren Geschäftszweck sich zunächst nur auf die Führung des Funktelefondienstes D1 beschränkte. Hierdurch sollte in erster Linie eine steuerliche Gleichbehandlung (Verlustvortrag, Vorsteuerabzug) erreicht und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden.

Die Aufgaben der Gesellschaft wurden auf die unbedingt notwendigen Funktionen beschränkt. Alle wichtigen operativen Planungsaktivitäten sowie die Ausführungs- und Betriebstätigkeiten verblieben bei der Telekom oder wurden weiterhin von den Projektgruppen der DETECON wahrgenommen.

Für die Mobilfunkgesellschaft waren insgesamt nur ca. 15 Mitarbeiter als Personalbestand vorgesehen.

Am 01.07.92 wurde die Gesellschaft als 100% Tochter der Telekom unter dem Namen »Deutsche Telekom Mobilfunk GmbH«, kurz DeTeMobil, gegründet. Ihr wurden die Anlagen des D1-Netzes übertragen.

In der Praxis zeigte sich zunehmend, daß die zersplitterten Zuständigkeiten im Mobilfunk und hier besonders für den Funktelefondienst D1 die Führung des Geschäftes ganz erheblich erschwerten. Der Aufbau schlagkräftiger, wettbewerbskonformer Strukturen sowie eine erfolgreiche Entwicklung des Geschäftes wäre in einer Division innerhalb der Telekom nicht in ausreichendem Maße möglich gewesen.

Deshalb wurde beschlossen, in einem zweiten Schritt alle Mobilfunkaufgaben in die bestehende Tochter auszugliedern.

Die Hauptgründe hierfür waren:

- die Gleichstellung mit der Privatwirtschaft

- der Aufbau wettbewerbsfähiger Organisationsstrukturen und
- ein flexibles Personalmanagement.

Ziel war es:

- die nationale und internationale Wettbewerbsposition zu stärken
- die Marktführerschaft im gesamten Mobilfunk langfristig zu sichern und
- das unternehmerische Denken und Handeln der Mitarbeiter zu fördern.

Zum 01.07.93 wurden die gesamten zentralen Aufgaben des Mobilfunks aus der Generaldirektion Telekom und dem Zentralamt für Mobilfunk in Münster und Darmstadt sowie die Aufgaben der Mobilfunk-Projektgruppen der DETECON mit dem beteiligten Personal in die DeTeMobil übergeleitet. Weitere zentrale Mobilfunkaufgaben, die bei einigen Direktionen Telekom wahrgenommen wurden, folgten im zweiten Halbjahr 1993.

Planungs-, Aufbau und Betriebsaufgaben wurden aus den Gebietsvertretungen Mobilfunk bei den Direktionen und den Niederlassungen Telekom, einschließlich des zugehörigen Personals, zum 01.01.94 in die neu geschaffenen Niederlassungen der DeTeMobil übergeführt.

Zum Ende dieses Jahres werden etwa 4000 Mitarbeiter in der DeTeMobil beschäftigt sein.

Aufgabenstellung und strategische Ausrichtung

Der Unternehmenszweck der DeTeMobil besteht in der Planung, dem Aufbau und Betrieb von Mobilfunknetzen sowie dem Vertrieb und der Weiterentwicklung von Mobilfunkdiensten.

Die DeTeMobil nimmt damit eigenverantwortlich die gesamten Mobilfunkaufgaben im Telekom-Konzern wahr.

Die DeTeMobil setzt neue Akzente Eine Tochter für mobile Kunden

Die DeTeMobil ist Deutschlands einziger Vollsortimenter für Mobilfunk und bietet mit - dem digitalen zellularen Mobilfunkdienst D1 - dem analogen zellularen Mobilfunkdienst C - dem Funkruf Cityruf - dem Datenfunk Modacom - dem Bündelfunk Chekker und - der mobilen Satellitenkommunikation (Inmarsat) umfangreiche Lösungsmöglichkeiten für jeden mobilen Kommunikationsbedarf. Der DeTeMobil sind die hierzu nötigen Lizenzen vom Bundesminister für Post und Telekommunikation übertragen worden.

Das Marktpotential ist heute, verglichen mit den bestehenden Festnetzanschlüssen und in bezug auf die Bevölkerung noch wenig erschlossen und wird sich durch

- neue Anwendungen
- neue Techniken und
- starken Preisverfall

in Zukunft erheblich ausweiten und die teilweise noch bestehende Exklusivität völlig verlieren.

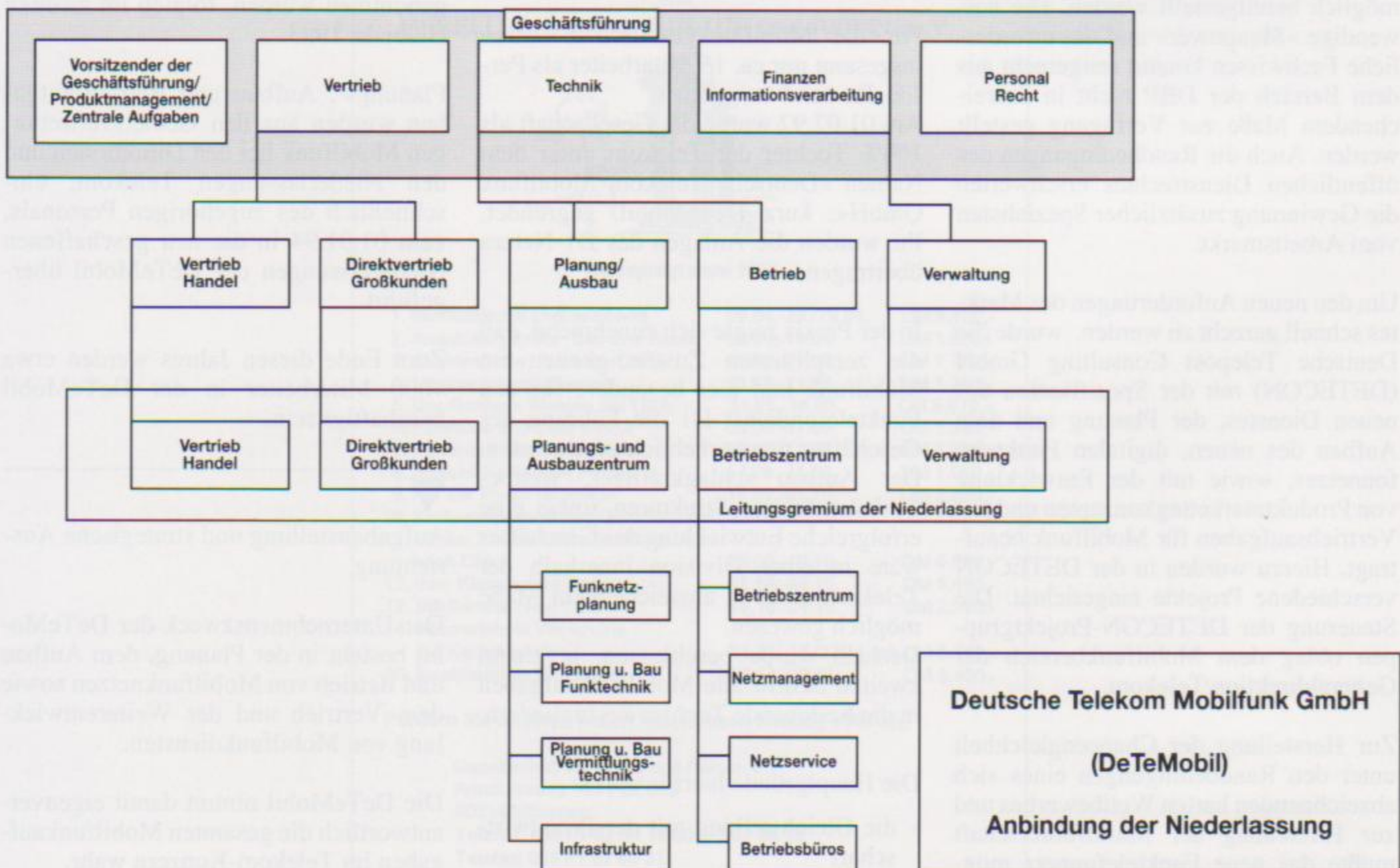
Die DeTeMobil betreut derzeit etwa 2,4 Millionen Kunden. Der Umsatz wird sich von ca. 3,8 Mrd. DM im Jahr 1994 bis zum Jahr 2000 auf 8-10 Mrd. DM im Inland erhöhen. Die Gewinnschwelle wurde bereits im August 1994 überschritten.

Die DeTeMobil ist international ausgerichtet, ca. 50% des Umsatzes sollen in

den kommenden Jahren zusätzlich in ausländischen Märkten erwirtschaftet werden.

Der Mobilfunk zählt zu den fünf größten Geschäftsfeldern der Telekom und stellt den größten Wachstumsmarkt in der Telekommunikation dar. Er wird sich zum Massenmarkt entwickeln und wie andere Konsumgüter (z.B. Rundfunk- und Fernsehgeräte, Videorecorder, Kühlschränke, Autos) in den Haushalten etablieren.

Unter Zugrundelegung dieser Entwicklung erscheinen Penetrationsraten von 30% innerhalb der nächsten 10 Jahre, und langfristig noch deutlich höher, vorstellbar.



Technik und Kultur

Die DeTeMobil muß im Konzern gemeinsam die

- Marktführerschaft absichern und ausbauen
- die Wettbewerbsfähigkeit stärken
- kundenorientierte Produkte vermarkten,
- einen hohen Qualitätsstandard sichern
- guten Service bieten
- ein Vollsortiment anbieten
- innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln und
- das internationale Geschäft vorantreiben

Strategische Zielsetzung ist es, dem mobilen Kunden eine umfassende Kommunikationslösung aus einer Hand anzubieten. Um unter den vorhandenen Wettbewerbsbedingungen erfolgreich am Markt agieren zu können, hat sich die DeTeMobil zum Ziel gesetzt, ein Höchstmaß an Markt-, Kunden- und Serviceorientierung zu bieten.



Aufgabengliederung

Bei der Neuorganisation des Mobilfunks waren wettbewerbskonforme, leistungsfähige Führungsstrukturen mit der Einheit von Aufgabe, Kompetenz und Verantwortung bereitzustellen. Das Ziel war eine flache Organisation mit klaren, überschneidungsfreien und durchgängigen Weisungsbeziehungen und eindeutigen Zuständigkeiten und Verantwortungen.

Zur klaren Kundenorientierung wurden die Vertriebsfunktionen auf Vertriebskanäle und Kundensegmente ausgerichtet.

Die DeTeMobil ist zweistufig in eine Zentrale und in zehn Niederlassungen gegliedert mit funktionaler Anbindung der Regionen an die Zentrale bei gleichzeitiger Delegation von Verantwortung in die Niederlassungen.

In der Zentrale werden die Aufgaben wahrgenommen, die einen zentralen übergreifenden Charakter besitzen und direkte Auswirkungen auf das gesamte Unternehmen bzw. mehrere Niederlassungen haben. Zentrale Organisationseinheiten befinden sich in mehreren Städten.

Die größten zentralen Standorte sind

- Bonn
- Münster
- Darmstadt
- Hannover
- Nürnberg und
- Mannheim

Soweit sich zentrale und regionale Organisationseinheiten in der gleichen Stadt befinden, arbeiten diese insbesondere im Verwaltungsbereich eng zusammen.

Die DeTeMobil wird von fünf Geschäftsführern geleitet. Jeder Geschäftsführer führt einen der folgenden Bereiche:

- Produktmanagement / Zentrale Aufgaben
- Vertrieb
- Technik
- Finanzen / Informationsverarbeitung
- Personal / Recht

Der Vorsitzende der Geschäftsführung hat zugleich die Verantwortung für den Geschäftsbereich Produktmanagement / Zentrale Aufgaben.

Damit sind klare Zuständigkeiten für die einzelnen Linien definiert. Die Verantwortung für die Entwicklung der Geschäfte in den drei Geschäftsfeldern

- Funktelefon
- Funkruf und
- Spezielle Mobilfunkdienste

liegt bei den Leitern des jeweiligen Produktmanagementbereiches

Der Vertrieb der Mobilfunkleistungen erfolgt über 3 Vertriebswege

- Diensteanbieter
- Handel
- Direktvertrieb Großkunden

und über den Großkundenvertrieb oder Privatkundenvertrieb der Telekom - wie z.B. Telekomläden. Gegenüber den Systemkunden wird die DeTeSystem in enger Abstimmung mit der DeTeMobil tätig.

Insbesondere die Betreuung der Handelspartner und der Großkundenvertrieb sind, ebenso wie Planung / Aufbau und Betrieb der Mobilfunknetze, überwiegend als regionale Aufgaben in Niederlassungen organisiert. Die zehn Niederlassungen befinden sich in:

- Berlin
- Dortmund
- Frankfurt / Main
- Hamburg
- Hannover
- Köln
- Leipzig
- München
- Nürnberg und
- Stuttgart

Zur konsequenten Ausrichtung des Unternehmens auf die Kunden wurde mit der Einführung eines Total Quality Managements begonnen. In einem ersten Zwischenziel wird eine Zertifizierung nach ISO 9000 angestrebt. Durch exzellenten Service sollen profitable Kunden an die DeTeMobil gebunden werden. Die Kundenorientierung des Unternehmens erfordert, daß die Startorganisation im Aufbau und in den Abläufen den Erfordernissen des Mobilfunkgeschäftes flexibel angepaßt wird.



Einbindung in den Telekom-Konzern

Als integraler Bestandteil des Telekom-Konzerns sind die Aktivitäten der DeTeMobil auf die Optimierung des Konzernergebnisses ausgerichtet. Im Konzernverbund sind eine enge Zusammenarbeit, ein reger Informationsaustausch und feste Abstimmprozesse zwischen Mutter und Töchtern erforderlich. Der Konzern muß schnellstmöglich zusammenwachsen, um vor dem Hintergrund der Liberalisierung auch in Zukunft eine führende Rolle auf dem Telekommunikationssektor einnehmen zu können.

Im Hinblick auf die Liberalisierung von Diensten und Netzen nimmt der Mobilfunk eine Vorreiterrolle im Telekom-Konzern ein. Am wirtschaftlichen Erfolg der DeTeMobil wird letztlich auch die Wettbewerbs-

fähigkeit des gesamten Konzerns gemessen.

Die DeTeMobil nutzt die Möglichkeiten, die im Konzern vorhanden sind. Die Mobilfunknetze stützen sich auf die vorhandene Infrastruktur wie Gebäude und Netze der Telekom ab. Einige Aufgaben im operativen Bereich, wie z.B. Planung und Aufbau von Funkstationen, kauft die DeTeMobil ganz oder teilweise bei Telekom ein. Die Abrechnung erfolgt über vertraglich festgelegte Dienstleistungsvereinbarungen.



Ausblick

Die ersten Schritte zur Internationalisierung sind eingeleitet. Die DeTeMobil wird zu einem internationalen Unternehmen mit globaler Ausrichtung. Es gilt nun, die

Marktanteile weltweit auszuweiten und neue Geschäftsmöglichkeiten auf dem Mobilfunksektor frühzeitig zu nutzen. Hierzu sind neue innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln.

Die Zusammenarbeit im Telekom-Verbund ist ein Schlüsselfaktor und muß weiterentwickelt werden, um gemeinsam die Bedürfnisse der Kunden optimal zu befriedigen und kostengünstige Kommunikationslösungen anbieten zu können.

Mit der Zusammenführung von Aufgaben und Verantwortung für alle Mobilfunkdienste unter einem Dach und in einer privatwirtschaftlichen Organisationsform wurde eine der Grundlagen für eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit der DeTeMobil gelegt. Es kommt nun darauf an, daß sich das Unternehmen mit allen seinen Mitarbeitern gezielt auf die Kunden ausrichtet. ■



**Danke
für Ihre
Hilfe!**

*Klasse!
Im Sandkasten lernt man
prima Freunde kennen.*

Finanziert wurde der Sandkasten
auch durch den Kauf
von Wohlfahrtsmarken.

**Wohlfahrtsmarken -
das ist Porto mit Herz.
Schon wenig hilft viel.**



**Danke
für Ihre
Hilfe!**

*Ist das cool!
Jetzt haben die uns eine
neue Rutschbahn geschenkt!!!*

Finanziert wurde die Rutschbahn
auch durch den Kauf
von Wohlfahrtsmarken.

**Wohlfahrtsmarken -
das ist Porto mit Herz.
Schon wenig hilft viel.**



Technik und Kultur



Vor dem Logistikzentrum

Josef Nienhaus

Bei strahlendem Wetter am 25.09.1994 besuchten über 60 Mitglieder und Angehörige des Bezirksvereins Stuttgart im Rahmen ihres jährlichen Herbstausfluges die Stadt Rottenburg. Zunächst bot sich uns Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen der Logistik der Telekom zu werfen. Der Leiter des Logistikzentrums Rottenburg, Kollege Horst Schommer, sowie seine freundlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gaben sich jede erdenkliche Mühe, uns in die Geheimnisse einer modernen Verteilzentrale einzuweihen.

Das Logistikzentrum Rottenburg ist eines der 10 Zentren in Deutschland, die für den Bereich der internen Logistik zuständig sind. Es umfaßt zukünftig als Versorgungsbereich alle Telekom-Bedarfsstellen von Baden-Württemberg, des Saarlandes sowie von Teilen von Rheinland-Pfalz. Dabei hat es für die Beschaffung, Lagerung und den Versand von Produkten der Netz- und Basisinfrastruktur einschließlich der Büro- und Geschäftsausstattung zu sorgen. Alle Kunden werden aus einem Artikelspektrum von ca. 10.000 Artikeln

(von der kleinsten Diode bis zur größten Kabeltrommel mit 2,80 m Durchmesser) täglich beliefert. Auf dem 80.000 qm großen Areal, das über einen Gleisanschluß verfügt, sind etwa 400 Personen beschäftigt, die ihren Dienst z.T. bereits um 03.15 h morgens antreten.

Die Besichtigung umfaßte die mit beachtlichen Kunstwerken an den Wän-

den versehene Lagerhalle sowie den fast 60 Mio. DM teuren Lagerneubau, in dem ein Hochregallager untergebracht wurde. Dieses neue, mit modernster Betriebstechnik ausgestattete Hochregallager stand im Mittelpunkt des Interesses unserer Gruppe. Das Lager arbeitet computergesteuert nach der Strategie Ware zum Mann. Die Waren werden an mehreren Kommissionierplätzen des Palettenlagers (14.800 Palettenplätze) und des Behälterlagers (38.080 Behälterplätze) für den Warenversand zusammengestellt. Dazu holen die Regalbediengeräte ohne Menschenkraft und ohne einen »Fahrzeugführer« die gewünschten Artikel aus dem 20 m hohen Lager. Im Jahr werden mehr als 400.000 Lagerbewegungen ausgeführt.

Der hohe Automatisierungsgrad dieser Anlage ermöglicht eine schnelle Belieferung aller Kunden im 24-Stunden-Rhythmus mit telekomeigenen Fahrzeugen. Bei uns allen hinterließ diese moderne und effektive Technik einen nachhaltigen Eindruck. Hier muß noch dankbar angemerkt werden, daß Materialfluß und Funktionen des Hochregallagers von den Herren Maier und Hasse vorzüglich dargestellt wurden.



Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Josef Nienhaus



Über 60 Teilnehmer waren beeindruckt

Gestärkt durch ein ausgezeichnetes Mittagessen im Kasino des Logistikzentrums starteten wir zur Besichtigung des neuen Römermuseums (seit Nov. 1992) und der Stadt in die City von Rottenburg. Nach einer informativen Ton-Bild-Schau erlebten wir unter fachkundiger Führung in einem originalen römischen Stadtausschnitt das Alltagsleben der Menschen in der antiken Stadt Sumelocenna. Der beeindruckendste Gebäude-Teil war eine 32 m lange Toilettenanlage. Der prachtvoll ausgestattete sanitäre Bereich konnte mit Hilfe eines 2,40 m tiefen, begehbaren Abwasserkanals gespült werden.

Anschließend besichtigten wir die Stadt Rottenburg. Sie wurde als römische Siedlung im letzten Viertel des ersten nachchristlichen Jahrhunderts hier gegründet und trug den keltischen Namen Sumelocenna. Nach dem großen Stadtbrand 1735 und dem Wiederaufbau ist das Gesicht der Stadt heute von der Barockzeit geprägt. Von 1381- 1806 währte die österreichische Herrschaft über Rottenburg. Die neue Württembergische Regierung verlegte - an die kirchlichen Traditionen der Stadt anknüpfend - das Generalvikariat für die

Katholiken des Landes nach Rottenburg. 1821 ging daraus das Landesbistum für Württemberg hervor. Heute ist Rottenburg Zentrum einer der größten deutschen Diözesen.

Unser kurzer, fachkundig begleiteter Rundgang führte uns in die Altstadt mit

vielen geschichtsträchtigen Bauten, Winkeln und Gassen. Wir sahen die 1645 erbaute ehemalige herrschaftliche Zehntscheuer ebenso wie den Ritterbrunnen (mit dem Standbild eines Ritters im Landsknechtkostüm mit der Kette des Ordens vom Goldenen Vlies), den Marktbrunnen mit der schönsten gotischen Brunnensäule Südwestdeutschlands, das Bischöfliche Palais (1657/8 erbaut) und das 1735 errichtete Rathaus. Nach der nur für unsere Gruppe arrangierten Besteigung des aus dem 13. Jahrhundert stammenden Gaisholzturnes an der inneren Stadtmauer konnten wir noch Reste des überdeckten Wehrganges der alten Stadt besichtigen. Vom Turm hatten wir einen herrlichen Blick auf das alte Rottenburg und sahen auch die »Wurmlinger Kapelle«, das durch Ludwig Uhlands Gedicht »Droben stehet die Kapelle« weltbekannte Kirchlein auf markantem Bergkegel über dem Rottenburger Stadtteil Wurmlingen.

Bei Kaffee und Kuchen in der »Brunnenstube«, nahe beim Römermuseum, klang ein wunderschöner Tag aus, der hervorragend organisiert von den Kollegen des Logistikzentrums, uns noch lange in Erinnerung bleiben wird. ■



Im Hochregallager

**Geld
voller Dynamik**

**psd -
Wachstumssparen**

**Wir Postler haben unsere
Bank, bei der sich das Sparen
lohnt.**

Speziell mit dem Wachstumsspar-
buch. Da die Zinsen stetig steigen.
Garantiert. Eine sichere Anlage
ohne Kursrisiko. Und dennoch
kurzfristig verfügbar.

psd

Post-Spar- und Darlehnsverein

*Bank für alle
bei der Post*

Es gibt viele gute Gründe Mitglied bei uns zu sein

FITCE-Kongreß 1994:

Wenn etwas gut gelaufen ist, dann haben im Hintergrund mit Sicherheit fleißige Helfer gedacht, geschrieben, geputzt, gebügelt, sortiert, erklärt, geführt, geholfen und aufgepaßt.

